

### Generation und Radikalisierung: die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921-1945 ; ein Resümee

Kupfer, Torsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kupfer, T. (2006). Generation und Radikalisierung: die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921-1945 ; ein Resümee. *Historical Social Research*, 31(2), 180-222. <https://doi.org/10.12759/hsr.31.2006.2.180-222>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

## Generation und Radikalisierung. Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921-1945. Ein Resümee

*Torsten Kupfer\**

**Abstract:** The case study is analysing the Nazi Party's membership and her social background on the basis of the anhaltonian district Bernburg between 1921 and 1945. Supported by a database of more than 9.000 members of the NSDAP as well as numerous additional sources become evidence that the NSDAP in the investigated territory only can be described sufficiently as a nationalist lower-middle class generation party (*kleinbürgerlich-nationale Generationsspartei*), contrary to markings like middle class party (*Mittelstandspartei*) or especially people's party (*Volkspartei*) predominating until now.

### 1. Problemstellung

Die bisherige wissenschaftliche Diskussion über den sozialen Charakter der NSDAP weist eine eigenartige Schiefelage auf: anstatt sich zuerst für die Zusammensetzung der Mitgliedschaft zu interessieren, haben es die meisten Forscher vorgezogen, die NSDAP soziologisch in erster Linie über ihre Wählerschaft zu definieren. Wenn Mitgliedsdaten ausgewertet werden, begnügen sich die Verfasser von Regionalstudien in der Regel mit einer exemplarischen Darstellung zu Zeitpunkten günstiger Quellenlage; generell vermisst man – mit einer Ausnahme<sup>1</sup> – die prozesshafte Betrachtung.

Zudem führt die Beschäftigung mit der Mitgliederstruktur der NSDAP – gemessen am Gesamtausstoß an Literatur – eher ein Schattendasein; die Zahl der sich mit diesem Themenkomplex befassenden Arbeiten ist nach wie vor zu

---

\* Address all communications to: Torsten Kupfer, Stubenrauchstr. 35, D-12161 Berlin; e-mail: [kupfer@das-kupfer.de](mailto:kupfer@das-kupfer.de). Die ausführliche Fassung dieser Studie ist online erschienen unter: <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/vol18contents.htm>.

<sup>1</sup> Vgl. Hille (1999), S. 9-42.

gering.<sup>2</sup> Und schließlich liegt trotz einer Flut von Veröffentlichungen zum Gesamtkomplex des Nationalsozialismus bisher keine einzige Überblicks-Monographie zur Mitgliederstruktur der NSDAP in deutscher Sprache vor.

Gleichfalls gibt es bisher – einschließlich der über eine Reihe von Fachzeitschriften und Sammelbänden verteilten Aufsätze – keine Studie, die die NSDAP in der Entwicklung ihrer Mitgliederstruktur in einem fest umrissenen Gebiet von ihren Anfängen bis 1945 lückenlos auf statistischer Grundlage nachzuzeichnen versucht.

Die vorliegende Arbeit versucht, die letztgenannte Forschungslücke ein Stück weit zu füllen. In ihrem Zentrum steht die Rekonstruktion der NSDAP-Mitgliedschaft im Kreis Bernburg mittels eines aus allen relevanten verfügbaren Archivalien zusammengestellten Datensatzes von mehr als 9.000 Mitgliedern von den Anfängen der Partei bis 1945. Dieser stützt sich insbesondere auf im Umfeld der Entnazifizierung entstandene Unterlagen sowie die im Bundesarchiv überlieferte NSDAP-Mitgliederkartei.<sup>3</sup> Durch Verknüpfung mit weiteren Quellenbeständen gelingt die Herausarbeitung eines konsistenten Bildes von der Parteimitgliedschaft und wird eine retrospektive Motivationsanalyse ermöglicht.

\*\*\*

Generell lässt sich eine Untersuchung dieser Art – die lückenlose Rekonstruktion der NSDAP-Mitgliederstruktur auf statistischer Grundlage – mit vertretbarem Aufwand nur als regionale bzw. lokale Fallstudie ausführen. Für die Auswahl des im mitteldeutschen Freistaat Anhalt gelegenen Kreises Bernburg sprachen sowohl inhaltliche als auch pragmatische Gründe. Wegen der beabsichtigten Einbettung in eine vergleichende Untersuchung der Mitgliederstrukturen von NSDAP und SED<sup>4</sup> hatte das zu wählende Untersuchungsterritorium auf dem Gebiet der späteren SBZ/DDR zu liegen. Es sollte jedoch keine erneute Untersuchung eines ländlich dominierten Gebietes unternommen, sondern – typischer für die spätere SBZ/DDR – die Verhältnisse im mitteldeutschen Industriegebiet wiedergespiegelt werden.

Der (seinerzeitige) Kreis Bernburg hat in dieser Hinsicht gewisse Vorzüge bzw. unabdingbare Voraussetzungen aufzuweisen. Er bietet einerseits die besondere soziale und politische Konstellation eines exorbitant hohen Arbeiteranteils innerhalb der Gesamtbevölkerung und der Dominanz der SPD in der Arbeiterbewegung vor 1933. Dadurch steht der Kreis Bernburg in hohem Maße für den mitteldeutschen Raum insgesamt. Andererseits weist er eine starke

---

<sup>2</sup> Ruck (2000), S. 912-974, verzeichnet lediglich etwa 70-80 Titel (incl. Lokal- und Regionalstudien und Serienveröffentlichungen gleicher Autoren), die sich der Analyse der Mitgliederstruktur der NSDAP widmen.

<sup>3</sup> Vgl. die ausführliche Beschreibung des Datensatzes unter <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#dl>.

<sup>4</sup> Die Veröffentlichung der Teilstudie zur Mitgliederstruktur der SED im Kreis Bernburg ist in absehbarer Zeit zu erwarten.

innere Differenzierung auf, umfasst sowohl städtische als auch ländliche Teilgebiete. Weiterhin ist er als Untersuchungsterritorium relativ geschlossen, so dass Verzerrungseffekte durch Fluktuationen, wie sie z. B. bei der Untersuchung von Berliner Stadtbezirken auftreten könnten, verhältnismäßig gering bleiben.

Und nicht zuletzt spielte die Kenntnis der Quellenlage und der regionalen Archivlandschaft aus der Arbeit an früheren Untersuchungen durchaus eine große Rolle.

## 2. Der Kreis Bernburg

Die späteren Nationalsozialisten der 20er bis 40er Jahre wurden in eine industrielle Arbeitswelt hineingeboren, die mehr und mehr von einem Unternehmen, den Deutschen Solvay-Werken Bernburg, einem Ableger des belgischen Solvay-Konzerns, dominiert wurde. Zwar war der Kreis Bernburg schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts industriell sehr gut entwickelt, auch hatten 1881, im Jahre der Konzessionierung des Kalisalzabbaus für die späteren Deutschen Solvay-Werke, bereits 16 Unternehmen mit jeweils mehr als 100 Beschäftigten bestanden (darunter allein zwölf Zuckerfabriken), doch jetzt bekam die industrielle Entwicklung eine völlig andere Dimension. Die für den Kreis Bernburg auch weiterhin typische Verbindung von Großgrundbesitz bzw. Domänenpächtertum<sup>5</sup> mit Zuckerfabriken, Braunkohlengruben, Ziegeleien und Steinbrüchen trat ökonomisch ins zweite Glied zurück. Der Personalbedarf der Solvay'schen Kalibergwerke und der Sodafabrik ließ die Einwohnerzahl Bernburgs von 18.600 im Jahre 1880 auf 34.400 im Jahre 1900 ansteigen. Doch die Bevölkerungsexpansion infolge der Ansiedlung der Solvay-Werke gliederte sich nur in den schon lange zuvor begonnenen Prozess der Industrialisierung ein. In den sechs Jahrzehnten zwischen 1840 und 1900 hatte sich die Einwohnerschaft Bernburgs jeweils pro Jahrzehnt zwischen 20 und reichlich 50% vermehrt. Auch die Städte und Gemeinden im Landkreis erfuhren einen erheblichen Bevölkerungszuwachs, jedoch nicht annähernd in dem Maße wie die Kreisstadt.<sup>6</sup> Die Deutschen Solvay-Werke wurden mit ihrem Stammsitz Bernburg und ihren über das Reich verteilten weiteren Werken der bedeutendste Konzern der Kali- und Sodaindustrie in Deutschland, was auch seinen äußeren Ausdruck darin fand, dass das Kalisyndikat seinen Sitz direkt bei den Deutschen Solvay-

---

<sup>5</sup> 1907 wurden 60% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Kreis Bernburg von Wirtschaften mit einer Betriebsgröße von mehr als 100 ha bewirtschaftet. Vgl. Freie Scholle, Dessau, 14.11.1925. Ende des 19. Jahrhunderts wurde rund ein Fünftel der Ackerfläche in den anhaltischen Kreisen Bernburg und Cöthen für den Zuckerrübenanbau genutzt, eine Größenordnung, die nur noch von den preußischen Kreisen Wanzleben und Oschersleben leicht übertroffen wurde. Vgl. Goldschmidt (1899), Anhang: Tabelle 1.

<sup>6</sup> Vgl. Kupfer (1998), S. 47.

Werken nahm. Bernburg war nun vollends eine Industriestadt. In und um Bernburg beschäftigten die Deutschen Solvay-Werke Ende 1899 3.200 Arbeiter, 110 kaufmännische und 80 technische „Beamte“.<sup>7</sup>

Die Bevölkerung im Untersuchungsgebiet 1939 nach Berufsgruppen und Ortsgröße <sup>8</sup>							
	Bevölkerung <sup>9</sup>	Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf (in %, jeweils mit ihren Angehörigen ohne Hauptberuf) <sup>10</sup>					
		Selbständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte und Angestellte	Beamte	Ange-stellte	Arbeiter
Bernburg	40.732	9	2	26	9	18	62
„5 Orte“ <sup>11</sup>	23.856	10	4	15	8	7	71
„Dörfer“ <sup>12</sup>	24.109	9	8	7	3	4	76
Gesamt	88.697	9	4	18	7	11	68

Neben den Deutschen Solvay-Werken und den vor allem im Landkreis bedeutenden Zuckerfabriken bestanden eine Reihe anderer Unternehmen, insbesondere auch der Metallindustrie. Eine Statistik des Kartells der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften vermerkt für Ende 1900 in Bernburg 7.111 beschäftigte Arbeiter: 4.000 davon als (un- und angelernte) Fabrikarbeiter, 1.522 als Metallarbeiter und Schmiede, 913 in den verschiedenen Bau- und Holzhandwerksberufen, 600 als Berg- und Hüttenarbeiter. Eine weitere Konzentration von Kalibergbau und chemischer Industrie bestand schon seit den 1850er Jahren in der preußisch-anhaltischen Grenzdoppelstadt Staßfurt-Leopoldshall am Westrand des Kreises. Insgesamt setzte sich die Bevölkerung des Kreises Bernburg zu deutlich mehr als der Hälfte aus Arbeitern zusammen, wobei deren Anteil in den Gemeinden und Städten im Landkreis noch höher ausfiel als in Bernburg selbst. An dieser Bevölkerungszusammensetzung sollte sich bis zum Ende des 20. Jahrhunderts nur noch insofern etwas ändern, als die Expansion der Angestelltenschaft gerade erst begann, während die Arbeiter-

<sup>7</sup> Vgl. Volksblatt für Anhalt, Dessau, 15.12.1899.

<sup>8</sup> Das „Untersuchungsgebiet“ repräsentiert den Kreis Bernburg in den Grenzen der Jahre 1946 bis 1950. Gegenüber dem Gebietsstand bis 1945 sind somit nicht enthalten: Leopoldshall, Unterwiederstedt, Groß- und Kleinmühligen. Diese Festlegung erfolgte sowohl aus Gründen der späteren Vergleichbarkeit mit der SED-Mitgliederstruktur als auch aus quellenbedingten Gründen. Quellen der Berechnung: StDR 559.6 (1944), S. 6 f., 70 f.; Amtsblatt für Anhalt. Anhaltischer Staats-Anzeiger, 03.10.1941, S. 119-128.

<sup>9</sup> Wohnbevölkerung ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Arbeitsmänner und ohne die Arbeitsmädchen.

<sup>10</sup> Selbständigen Berufslosen (im Wesentlichen: Rentempfänger, Pensionäre, vom eigenen Vermögen oder von Unterstützungen lebende Personen) wurden als nicht zuordnungsrelevante Angaben nicht in die Berechnung einbezogen.

<sup>11</sup> Güsten, Hecklingen, Neundorf, Nienburg, Sandersleben. Alle Orte verfügten über jeweils mehr als 3.000 Einwohner.

<sup>12</sup> Alle Orte (28) des Untersuchungsgebietes mit weniger als 2.000 Einwohnern.

schaft den Höhepunkt ihrer Ausdehnung um 1900 gerade erreichte, doch auch 1939 noch (siehe Tabelle) Spitzenwerte für sich verzeichnen konnte.

### 3. Organisationsentwicklung

Die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung im Kreis Bernburg begann nahezu unscheinbar. Unmittelbar vor den Bernburger Stadtverordnetenwahlen 1921 wurde in der Kreisstadt eine Ortsgruppe der Deutsch-Sozialen Partei gegründet, die auch mit einer eigenen Liste zur Wahl antrat und auf Anhieb ein Stadtverordnetenmandat gewinnen konnte. Sie brach damit die Einheitsfront der „bürgerlichen“ Parteien gegen die Arbeiterparteien, die sich auch nach außen hin in Form einer geschlossenen „bürgerlichen“ Kandidatenliste darstellte, auf.

Auch wenn es so scheinen mag, als ob diese Deutsch-Soziale Partei faktisch aus dem Nichts entstand, so besaß auch diese Gründung eine Vorgeschichte. Schon in den Reichstagswahlen des Jahres 1898 hatte im Reichstagswahlkreis Anhalt II (Bernburg-Cöthen-Ballenstedt) ein Kandidat der antisemitischen Deutsch-sozialen Reformpartei<sup>13</sup> kandidiert und trotz eines nur minimalen Wählerzuspruches durch seine Spaltung des „bürgerlichen“ Wählerlagers zu einem gewissen Teil für den erstmaligen Wahlsieg der Sozialdemokratie in der Stichwahl gesorgt. In den Folgejahren scheint eine äußerst minoritäre völkisch-antisemitische Unterströmung im „Bürgertum“ fortbestanden zu haben, als dessen Zentrum der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband anzusehen ist. Jedoch exponierte sie sich vorerst nicht mehr so wie noch 1898.

In der Nachkriegskrise schließlich bekam diese Strömung weiteren Zulauf. Die 1921 gegründete Deutsch-soziale Partei ging im Herbst 1923 – zur Zeit von Hitlers Münchener Bürgerbräukeller-Putsch – in der ersten Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe in Bernburg auf. Da die Partei kurz darauf reichsweit verboten wurde, behalf man sich bis zur Wiedezulassung 1925 mit Ersatzorganisationen. Die größte Wählerresonanz erreichte das von den NSDAP-Nachfolgeorganisationen repräsentierte amorphe völkisch-nationalistische Organisationsspektrum, zu dem Organisationen wie der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund, der Jungdeutsche Orden, der Bund Oberland, die Treuschafft Lützwow, der Bund Wehrwolf sowie in Teilen auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der deutschnationale Stahlhelm Bund der Frontsoldaten wie auch der Marineverein Bernburg zu rechnen sind, innerhalb der Stadt Bernburg mit 11% der gültigen Stimmen vorerst im Mai 1924.

Nach der Aufhebung des NSDAP-Verbots 1925 entstanden im Kreis Bernburg mehrere NSDAP-Ortsgruppen, in Bernburg sogar zwei sich gegenseitig bekämpfende, von denen jedoch nur eine seitens der NSDAP-Reichsleitung

---

<sup>13</sup> Es bestand keine Organisationskontinuität zur Deutsch-sozialen Partei des Jahres 1921.

anerkannt werden sollte. Doch der Höhepunkt der Radikalisierung im „bürgerlichen“ Lager war vorerst überschritten, der Wählerzuspruch gestaltete sich schon 1924 kontinuierlich rückläufig; auch gingen der Organisation die Führungspersonen verloren. Nach 1926 scheint eine funktionierende Ortsgruppe der NSDAP nur noch im Dorf Aderstedt vor den Toren Bernburgs bestanden zu haben. Nur dort konnte sie zu den Gemeinderatswahlen 1927 noch zur Wahl antreten. Insgesamt wird die NSDAP-Mitgliedschaft auf dem Höhepunkt dieser ersten Organisationsperiode 1921/26 im Untersuchungsgebiet 100 Personen kaum überschritten haben.

Die Reorganisation der NSDAP im Kreis Bernburg vollzog sich im ersten Halbjahr 1930. Entscheidend für diese erneute Initialzündung war neben der Verunsicherung im „bürgerlichen“ Lager aufgrund der einsetzenden Weltwirtschaftskrise der Übertritt von Mitgliedern aus anderen kleinen Organisationen. Der Bund Oberland wurde Anfang 1930 sogar zugunsten der NSDAP

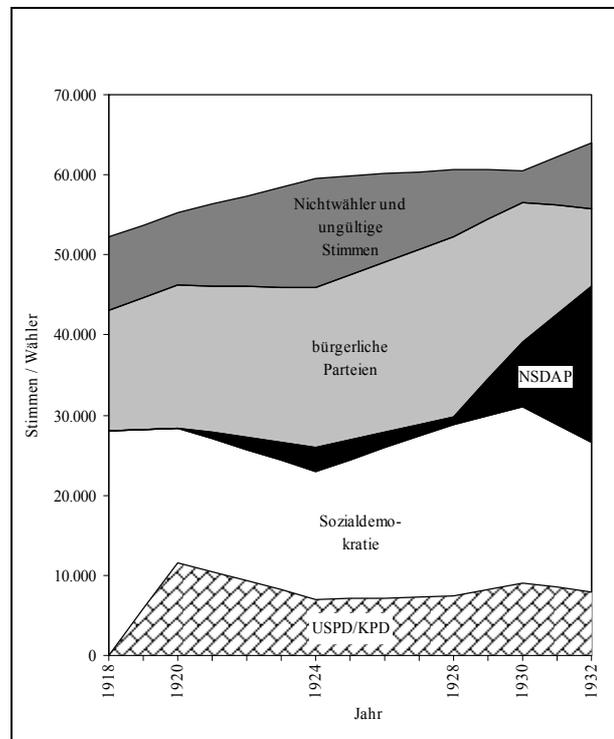


Diagramm 1: Schema der Wählerstimmentwicklung im Kreis Bernburg 1918-1932

aufgelöst, sein bisheriger Führer wurde Bernburger SA-Führer. Umfasste die NSDAP im Untersuchungsgebiet Ende 1929 lediglich 133 Mitglieder, so sollten es Ende 1930 schon 312 und Ende 1931 683 sein.<sup>14</sup>

Der Wahlsieg der NSDAP in den anhaltischen Landtagswahlen vom April 1932 und die nachfolgende Bildung einer nationalsozialistisch-rechtsbürgerlichen Koalition löste schließlich eine Eintrittswelle aus, wie sie im Reich erst 1933 zu beobachten sein sollte. 1932 und 1933 sollten sich die Mitgliederzahlen erneut verdoppeln (1.285 bzw. 2.803), bevor zum 1. Mai 1933 die rasante Eintrittsbewegung seitens der NSDAP-Reichsleitung mit einer „Mitgliedersperre“, die nur wenige Ausnahmen in Form von Eintritten aus NS-Anhangsorganisationen heraus zuließ, gestoppt wurde.

Bei der faktischen erneuten Freigabe des NSDAP-Eintritts 1937 setzte sich diese Masseneintrittsbewegung fort, bevor ab 1938 eine allmähliche Sättigung zu erkennen ist (5.340 bzw. 5.928 Mitglieder).<sup>15</sup> Die NSDAP-Führung verfolgte die Absicht, 10% der (erwachsenen) Bevölkerung in der NSDAP zu vereinen. In der Praxis bedeutete dies, dass schon Ende 1939 im Untersuchungsgebiet fast jeder fünfte Mann (aber nur jede 67. Frau) im organisationsfähigen Alter „Pg.“ war und die Eintrittsbewegung mit dem Hinzutreten neuer Jahrgänge am Laufen gehalten werden musste. Angesichts einer geringeren Organisationsneigung der im und nach dem Weltkrieg Geborenen und angesichts einer unausgewogenen Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft wurde in den 40er Jahren versucht, über Quotierungen sowohl Zahl als auch Zusammensetzung der Neumitgliedschaft zu steuern. Im Untersuchungsgebiet wurde dieses Ziel jedoch erst 1944 erreicht, als aus dem Geburtsjahrgang 1927 tatsächlich schematisch jeder fünfte junge Mann und jede zehnte junge Frau in die NSDAP „überführt“ wurde.

## 4. Mitgliederstruktur

Bei einer systematischen Annäherung an die NSDAP-Mitgliedschaft nach sozialstatistischen Kriterien wird im Untersuchungsgebiet zuerst deren konfessionelle Homogenität sichtbar. Allerdings wäre angesichts einer Massenmitgliedschaft in einem zu ca. neun Zehnteln protestantischen Gebiet kaum etwas anderes zu erwarten gewesen.

Auch die kleinräumige Verteilung der Mitgliedschaft blieb in der Summe eher unauffällig. In der Nachkriegskrise war die nationalsozialistische Bewegung im Untersuchungsgebiet von der Kreisstadt Bernburg und dem vor ihren Toren liegenden Dorf Aderstedt ausgegangen. Auch nach der 1930 erfolgten

---

<sup>14</sup> Die Mitgliederzahlen basieren auf einer kumulativen Annäherungsberechnung.

<sup>15</sup> Die von der SPD als bislang größter Partei vor 1933 im Untersuchungsgebiet erreichten Gesamt-Mitgliederzahlen (Ende 1928 3.606 Mitglieder) wurden von der NSDAP erst jetzt übertroffen.

Reorganisation der Partei sollte sich Bernburg gegenüber den Kleinstädten („5 Orte“) und Dörfern innerhalb der Mitgliedschaft durchweg leicht überproportional vertreten sehen. Die Kleinstädte zeigten sich dauernd leicht unterrepräsentiert, während die Dörfer im Ergebnis der Eintrittswelle 1932/33 zeitweilig leicht überrepräsentiert waren.

Hinsichtlich ihrer Geschlechterstruktur war die NSDAP eine dezidiert männliche Partei. Dies muss angesichts der Tatsache, dass es im Territorium auch eine Partei mit beachtlicher Frauenmitgliedschaft – die SPD – gab, besonders betont werden.<sup>16</sup> Andererseits ist diese homogene Männlichkeit für Parteien radikalen Zuschnitts eher typisch. Zudem existierte in der NSDAP bis 1937 eine Eintrittsbeschränkung auf 5% weiblicher Mitglieder. Die für das Untersuchungsgebiet ermittelten Werte für die Neueintritte bewegen sich denn auch in jedem Jahr (mit zwei minimalen Überschreitungen) diesseits dieser 5%-Marke. Vor 1937 war für Frauen in erster Linie die Nationalsozialistische Frauenschaft zuständig, die seit 1937 dann beträchtliche Einbrüche in der Rekrutierung von neuen Mitgliedern verzeichnen musste, etliche Frauen gingen ohne Umweg zur Partei. Mit der Aufhebung der Eintrittsbeschränkung stieg der Anteil vor allem jüngerer Frauen unter den Neueintritten beständig bis auf ein reichliches Drittel und führte zu einer Erhöhung ihres Anteils an der Gesamtmitgliedschaft bis auf knapp 15% 1944. Diese Erhöhung war (partei-)administrativ herbeigeführt und im Falle der 1944 eingetretenen Geburtsjahrgänge 1926 und 1927 dann sogar auf ein Zehntel des jeweiligen Geburtsjahrgangs quotiert worden. Anvisiertes (jedoch nicht mehr erreichtetes) Ziel war offensichtlich ein Frauenanteil von etwa einem Drittel der Mitgliedschaft.

Jenseits der Konfessions-, Orts- und Geschlechtszugehörigkeit bildete über alle Eintrittsjahrgänge hinweg die Altershomogenität *das* charakteristische Merkmal der NSDAP-Mitglieder. Die 27 Geburtsjahrgänge von 1887 bis 1913 stellten zwei Drittel aller jemals in die NSDAP eingetretenen Mitglieder im Untersuchungsgebiet. Diese Jahrgangsguppe war im Jahr der „Machtergreifung“ 1933 in der Spitze bis zum Doppelten ihres Anteils an der Bevölkerung in der NSDAP-Mitgliedschaft überrepräsentiert. In gesonderter Betrachtung der Neueintritte seit 1929 zeigt sich insbesondere die Bedeutung der 20 Geburtsjahrgänge von 1893 bis 1912. Mit 75% der Ende 1929 registrierten Mitglieder und sogar 81% aller Neueintritte 1930 ging die Neukonstituierung der NSDAP von ihnen aus. In der Folge sollte sich ihre zahlenmäßige Dominanz unter den Neueintritten erst nach 1938 allmählich verlieren, während sie in der Partei insgesamt bis zum Ende bestimmend blieben. Die Folge war eine zunehmende Überalterung der Partei, deren Durchschnittsalter im Untersuchungsgebiet von

---

<sup>16</sup> Die SPD verfügte Ende 1928 im gesamten Unterbezirk Anhalt II über 34% weiblicher Mitglieder, in der Stadt Bernburg Ende 1929 sogar über 39%. Vgl. Kupfer (1996), S.246; Volkswacht, Bernburg, 16.01.1930.

32,3 Jahren Ende 1929 auf 43,1 Jahre Ende 1943 stieg, um erst danach infolge der Masseneintritte aus HJ und BDM wieder leicht abzufallen.<sup>17</sup>

Seit 1938 zeigte sich die weibliche Neumitgliedschaft kontinuierlich deutlich jünger als die männliche (32,8 zu 38,2 Jahren 1938). Im Nebeneffekt der Eintrittsquotierungen für bisherige HJ- und BDM-Mitglieder glichen sich bis 1944 die seit 1937 auseinanderstrebenden Durchschnittsalter der männlichen und weiblichen Neumitglieder wieder an; die Männer folgten der bisher schon stärkeren Verjüngung des weiblichen Teils der Neumitgliedschaft.

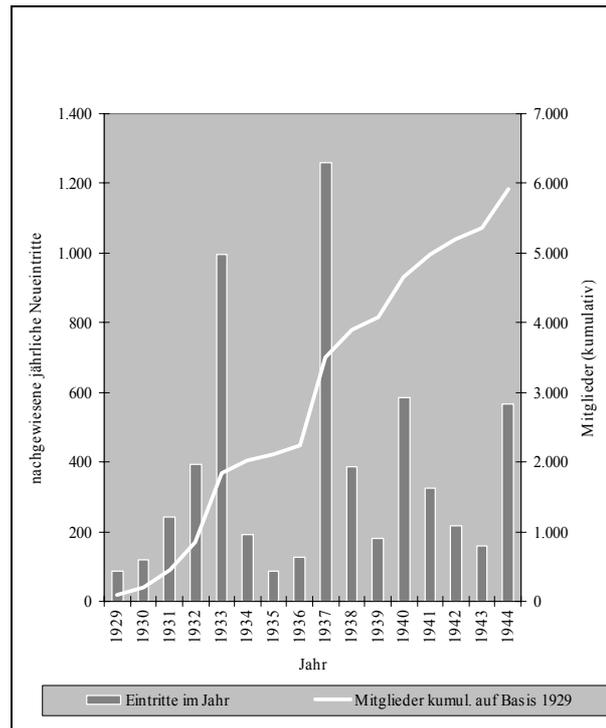


Diagramm 2: Mitgliederentwicklung (kumulativ) und nachgewiesene jährliche Neueintritte in die NSDAP im Untersuchungsgebiet 1929-1944

<sup>17</sup> Für die im nachfolgenden zweiten und dritten Diagramm sich dokumentierenden abrupten Ausschläge in aufeinanderfolgenden Jahren zeichnen sich überlagernde Ungenauigkeiten in den Quellen verantwortlich. Weiterhin ist daraus folgernd davon auszugehen, dass Ende 1933 die realen Spitzenwerte in den am stärksten NSDAP-gesättigten Jahrgängen eine Mitgliedschaftsquote von 10% überschritten haben dürften.

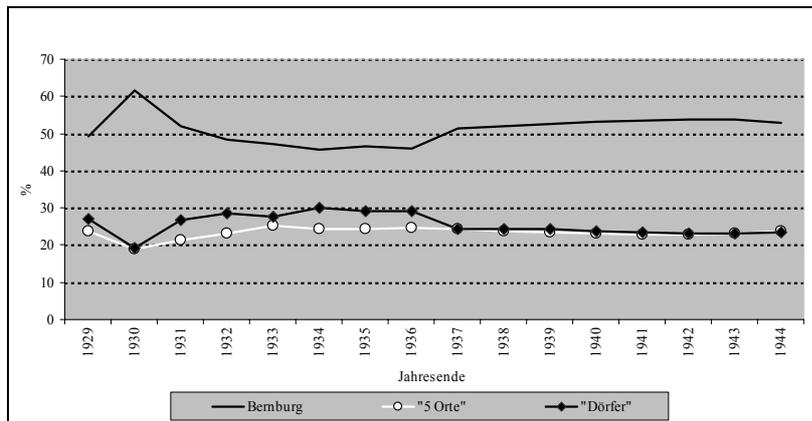


Diagramm 3: Anteil der Ortsgrößenklassen an der NSDAP-Gesamtmitgliedschaft im Untersuchungsgebiet 1929 bis 1944 (kumulativ)

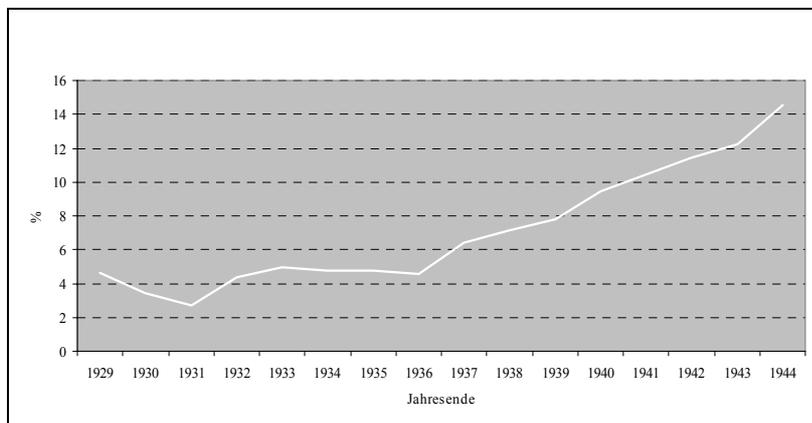


Diagramm 4: Frauenanteil unter den NSDAP-Mitgliedern im Untersuchungsgebiet 1929 bis 1944 (kumulativ)

\*\*\*

Hinsichtlich der Berufe ihrer Mitgliedschaft war die NSDAP im Untersuchungsgebiet durchgehend eine mehrheitlich „bürgerliche“ Partei, seit Ende

1932 sogar in einer Größenordnung von zwei Dritteln und mehr.<sup>18</sup> Der zeitweilig relativ starke Zuspruch von Arbeitern bedeutet keine Einschränkung dieses generellen Befundes. Die feinere Analyse hat gezeigt, dass es sich bei den der NSDAP beitretenden Arbeitern vor allem um „untypische“, mehrheitlich als der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung auch zuvor schon fernstehend anzunehmende Arbeiter insbesondere handwerklichen Zuschnitts handelte. Trotz des zahlenmäßig starken Zuspruchs bis 1931 blieb die Arbeiterschaft auch in diesem Zeitraum gegenüber ihrem Anteil an der Bevölkerung deutlich unterrepräsentiert; im Falle des Zeitabschnitts 1921/26 ging der erhöhte Arbeiteranteil sogar einzig auf die vom Rest des Untersuchungsgebietes deutlich abweichende Mitgliederzusammensetzung im Dorf Aderstedt zurück.

Die insgesamt bedeutendste Mitgliedergruppe bildeten die Angestellten und Beamten. Seit 1933 fiel der Angestellten- und Beamtenanteil nicht mehr unter 50%, 1929 blieb er nur knapp darunter. Einzig im Zeitabschnitt 1921/26 und unter den Neueintritten der Jahre 1930 und 1931 konnte die Partei numerisch mehr Arbeiter als Angestellte/Beamte rekrutieren. Insgesamt waren seit 1933 Angestellte und Beamte sowie Selbständige in der NSDAP um reichlich das

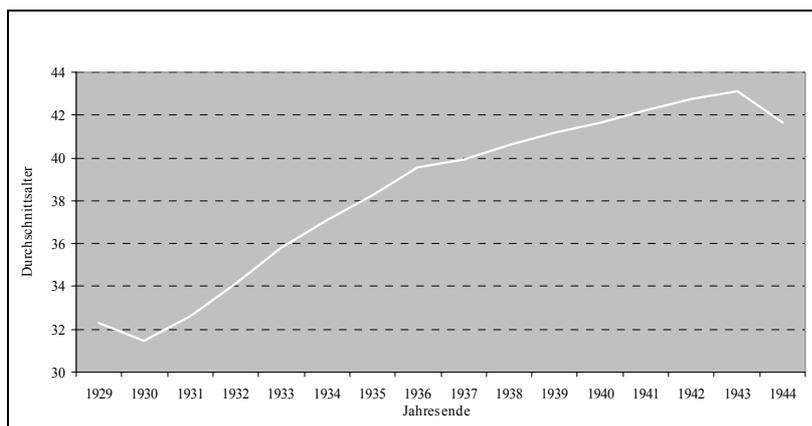


Diagramm 5: Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder im Untersuchungsgebiet 1929-1944 (kumulativ und verzerrungsbereinigt)

<sup>18</sup> Die nachfolgenden statistischen Angaben beruhen auf einem „männlichen“ Maßstab, d. h. für die Berufszuordnung nicht relevante Angaben (keine Berufsangabe, Rentner, Hausfrau etc.) wurden nicht in die Berechnung aufgenommen.

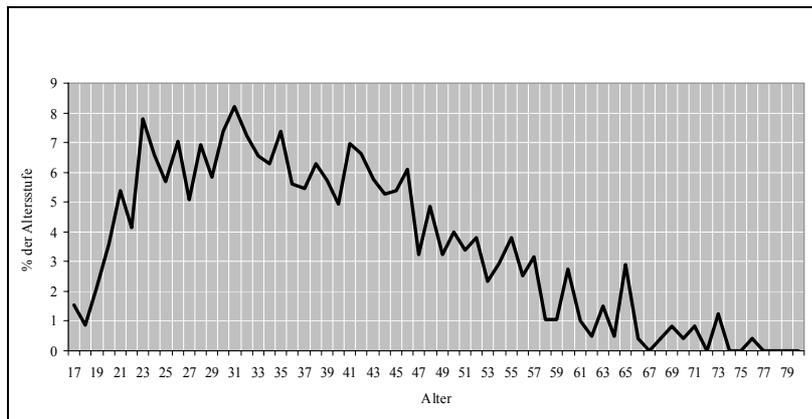


Diagramm 6: Männliche NSDAP-Mitglieder im Untersuchungsgebiet Ende 1933 (Summe 1929 bis 1933) in % der männlichen Bevölkerung des Kreises Bernburg Mitte 1933 gesamt

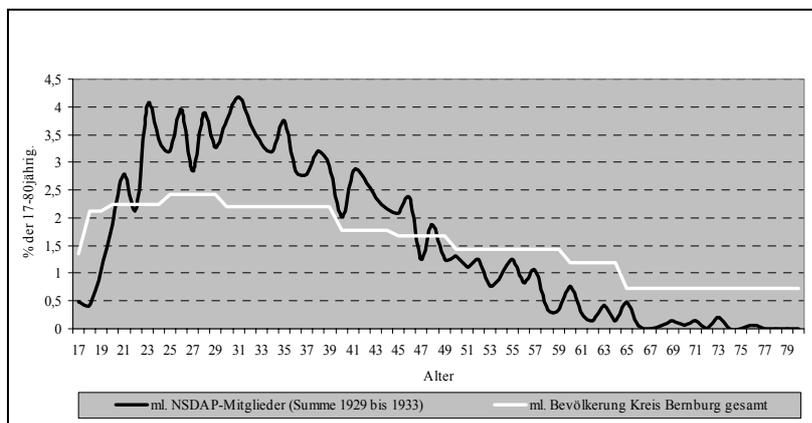


Diagramm 7: Altersstruktur der männlichen Bevölkerung des Kreises Bernburg und der männlichen NSDAP-Mitglieder im Untersuchungsgebiet 1933 im Vergleich

Doppelte bzw. um das Doppelte gegenüber ihrem Bevölkerungsanteil überrepräsentiert. Arbeiter hingegen waren nur mit der knappen Hälfte ihres Bevölkerungsanteils vertreten und blieben somit sehr stark unterrepräsentiert.<sup>19</sup>

<sup>19</sup> Die im nachstehenden Diagramm formalstatistisch festgestellten Veränderungen zwischen 1943 und 1944 gehen auf einen quellenbedingten Fehlschluss zurück.

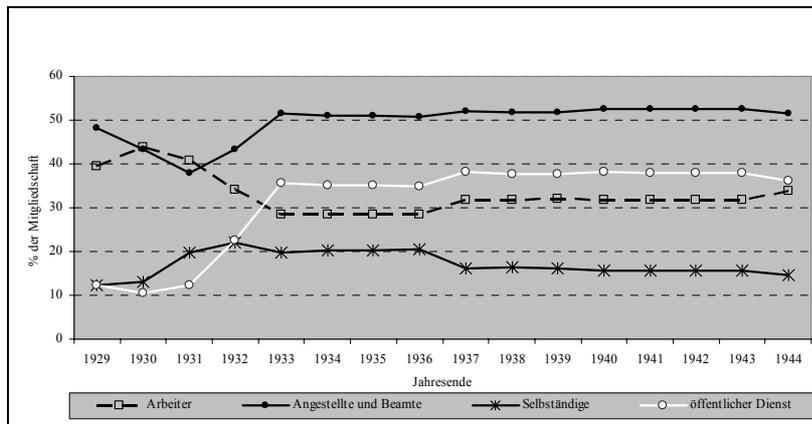


Diagramm 8: Soziale Zugehörigkeit der NSDAP-Mitglieder im Untersuchungsgebiet 1929-1944 (kumulativ und verzerrungsbereinigt)

Als kompakteste Gruppe unter den NSDAP-Mitgliedern sind für die Zeit des Dritten Reiches die Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes anzusehen, die beständig ein reichliches Drittel aller Mitglieder stellen. Innerhalb des öffentlichen Dienstes ist denn auch – bis zu einem Spitzenwert von fast zwei Dritteln (65%) aller Beschäftigten im Finanzamt Bernburg in den 40er Jahren – eine ungleich höhere Sättigung mit Parteimitgliedern festzustellen als in der Privatwirtschaft. Insgesamt scheinen die für den Kreis Bernburg gewonnenen Ergebnisse hinsichtlich der verstärkten Anfälligkeit von Angestellten und Beamten einerseits und von Angehörigen des öffentlichen Dienstes andererseits auch in einem größeren regionalen Maßstab verallgemeinerbar zu sein. Eine vom Oktober 1945 datierende Personalstatistik der Reichsbahndirektion Magdeburg, zu deren Gebiet der Kreis Bernburg gehörte, weist einen Anteil von 33-37% ehemaligen Parteimitgliedern unter den Beamten, jedoch nur 12-14% unter den Arbeitern, in der Summe 24-27% auf. Auch zwischen den verschiedenen Reichsbahn-Beamtenkategorien ist hier ein starker Anstieg der Mitgliedschaftsrate mit steigender Funktionshöhe bis hin zu einer nahezu vollständigen Organisierung an der Spitze zu beobachten.<sup>20</sup>

## 5. Eintrittsmotivationen

Die Motive, die für einen Eintritt in die NSDAP maßgeblich waren, gestalteten sich über den gesamten Zeitraum ihrer Existenz sehr vielfältig. Trotzdem las-

<sup>20</sup> Vgl. <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#d8>.

sen sich dominierende Eintrittsmotivationen für vier qualitativ verschiedene Perioden beschreiben. Diese Perioden umfassen: 1. das Jahrzehnt zwischen 1921 und 1931, 2. die Eintrittswelle 1932/33, 3. die Eintrittswelle 1937/38, und 4. die 40er Jahre. Jede dieser Perioden ist gekennzeichnet durch eine dominierende primäre Eintrittsmotivation; daneben sind jedoch weiterhin sekundäre Motivationen und zeitliche Überlappungen von grundlegenden Motivationslagen zu verzeichnen.

Eintritte während der Periode bis einschließlich 1931 waren vorwiegend ideologisch fundiert, wobei die Empfänglichkeit für nationalsozialistische Ideologie mit einer bestimmten Lebenslage stark zunahm. Als Elemente dieser Lebenslage schälen sich heraus: ein Geburtsjahrgang in den beiden Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende, eine Herkunftsfamilie ohne Affinität zur sozialdemokratischen oder kommunistischen Arbeiterbewegung, ein Mittelschul- oder Realgymnasiumsbesuch, ein kleinstädtisches Lebensumfeld, eine berufliche Tätigkeit als unterer bis mittlerer Angestellter oder handwerklich-nichtindustrieller Facharbeiter vorwiegend in Klein- oder Mittelbetrieben und ein Jahreseinkommen vor der Weltwirtschaftskrise zwischen 1.200 und 1.500 Mark<sup>21</sup>. Jenseits dieser objektivierbaren Faktoren der Lebenslage sind für eine frühe Affinität zur NSDAP auch Faktoren der Persönlichkeitsstruktur und der Biographie verantwortlich. Hierunter fallen eine bereits länger andauernde Organisation im völkischen Umfeld oder in der „bürgerlichen“ Jugendbewegung, eine eventuelle Beteiligung an Freikorps-Aktionen in der Nachkriegskrise, eine durch ein ausgeprägtes Geltungsbedürfnis und gegebenenfalls auch eine hysterische Ader geprägte Persönlichkeit, eine deutliche Aufstiegsorientierung bei gleichzeitiger Wahrscheinlichkeit des dauerhaften gesellschaftlichen Abstiegs gegenüber der Vätergeneration, die Erfahrung von gravierenden Zurücksetzungen im bisherigen biographischen Verlauf und – vor allen anderen Faktoren am bedeutsamsten – eine auch jenseits von eventuell bestehender eigener Arbeitslosigkeit subjektiv wahrgenommene akute soziale Unsicherheit infolge der einsetzenden Weltwirtschaftskrise. Kaum einer der Nationalsozialisten der Jahre 1930/31 wird alle diese Merkmale verkörpert haben. Doch je mehr dieser Merkmale auf eine Person zutrafen, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit einer NSDAP-Mitgliedschaft anzusetzen. Im übrigen gelten, bezogen auf eine bloße Anhängerschaft zum Nationalsozialismus, diese Merkmale analog auch für die von einer Mitgliedschaft noch weitestgehend ferngehaltenen Frauen.

Beispielhaft für diese neu eintretenden Nationalsozialisten der Aufstiegsperiode sollen Hauptmann a. D. Ulrich Freiherr von Bothmer und Kurt Kleinau stehen. Der 1889 in Greifswald geborene von Bothmer hatte es als General-

---

<sup>21</sup> 42% der Lohnsteuerpflichtigen in der Stadt Bernburg hatten ein versteuerbares Jahreseinkommen von weniger als von 1.200 M und blieben unbesteuert, 32% bildeten mit einem Einkommen von 1.200-1.500 M die unterste Gruppe der überhaupt Steuern zahlenden Personen. Vgl. Volkswacht, Bernburg, 20.01.1930.

stabsoffizier des Ersten Weltkrieges abgelehnt, in die Reichswehr der Weimarer Republik übernommen zu werden, und war seit 1921 als Prokurist in den Metallwerken L. Kessler & Sohn in Bernburg tätig. Bis zu seinem Übertritt zur NSDAP war von Bothmer Parteigänger der Deutschnationalen Volkspartei und Führer des Bundes Oberland in Bernburg gewesen. Dessen Auflösung Anfang 1930 war wohl auch von ihm veranlasst, zumindest überführte er einen großen Teil der Mitglieder in die NSDAP. Seine eigene NSDAP-Mitgliedschaft datierte formell vom 1. April 1930. Kurz darauf fungierte er als SA-Führer in Bernburg. In seinen in den 50er Jahren niedergeschriebenen Erinnerungen bezeichnete er sich selbst aus seinem „ganzen Werdegang heraus [als] ein Kaisertreuer, treu dem Königshaus der Hohenzollern. Wohl sprachen mich die Ziele der NSDAP an. Ich sah in ihr den einzigen aussichtsreichen Gegner gegen Marxismus und Kommunismus und sah in dem Wollen der bürgerlichen Parteien einen Schrittmacher für den Marxismus, dem diese Parteien die breite Masse des Volkes über Not und Verzweiflung in die Arme trieb. Die Lehre ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ fesselte so ganz mein Herz. – Ich gehörte innerlich schon lange zu diesen nationalen Sozialisten. Und doch fand ich den Weg zur Partei erst nach langem Widerstreben, weil mich die oft zu Tage tretende Ablehnung gegen Monarchie und Hohenzollerntreue abstieß. Erst als ich erkannte, dass die bürgerlichen Parteien, auch die königstreue DNVP, niemals in der Lage sein würden, den wertvollsten, unverdorbenen, am wenigsten von Fäulnis ergriffenen Teil des Volkes, die Arbeiterschaft, aus den marxistischen Fängen zu retten, verschrieb ich mich ganz der Partei. Es ging nicht um die Monarchie, sondern um das deutsche Volk, die Rettung Deutschlands vor dem Bolschewismus.“<sup>22</sup> Damit übertrug er auch die früher dem Kaiser geltende unbedingte gläubige Gefolgschaft auf Adolf Hitler.

Der spätere Ortsgruppenleiter Bernburg-Wasserturm Kurt Kleinau steht – im Gegensatz zu von Bothmer – beispielhaft für jene Mitglieder, die vor ihrem NSDAP-Eintritt noch nicht durch Mitgliedschaften im völkischen Spektrum hervorgetreten waren.<sup>23</sup> Kurt Kleinau wurde 1899 in Bernburg geboren und schlug nach dem Besuch des Gymnasiums und der Teilnahme am Ersten Weltkrieg wie schon sein Vater die kaufmännische Laufbahn ein, zuerst seit 1919 als Volontär im Kaliwerk Solvayhall, danach seit 1920 als kaufmännischer Lehrling in der Bernburger Eisenwarenhandelsfirma Riebe. Nach der Lehre wurde er angestellter Reisender einer Magdeburger Firma für Werkzeugma-

---

<sup>22</sup> Lebenserinnerungen Ulrich von Bothmer, Privatbesitz. Von Bothmer verließ (wahrscheinlich im Zusammenhang mit Differenzen über den von ihm abgelehnten SA-Terror) Bernburg im März 1933 und trat in den Dienst des Freiwilligen Arbeitsdienstes, aus dem sich später der obligatorische Reichsarbeitsdienst entwickeln sollte. Er bekleidete in diesem zuletzt den Rang eines Generalarbeitsführers. Seit 1949 betätigte er sich in der Bundesrepublik an führender Stelle der 1952 verbotenen rechtsradikalen Sozialistischen Reichspartei. Vgl. Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv 1/02, P 001316-3.

<sup>23</sup> Quellen der nachfolgenden Darstellung: Tagebuchauszüge und Notizen Kurt Kleinau (Privatbesitz); Bundesarchiv Berlin, BDC, OPG 3405000474; BDC, Mitgliederkartei.

schinen und Werkzeuge. Kurt Kleinau verstand sich in dieser Funktion als einer herausgehobenen Angestelltenkategorie zugehörig und legte großen Wert darauf, nicht mit einem einfachen Vertreter verwechselt oder gar gleichgesetzt zu werden. Aus der 1926 in einer wirtschaftlich sicheren Situation geschlossenen Ehe sollten vier Söhne hervorgehen. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise trafen Kurt Kleinau gleich zu deren Beginn, seine Magdeburger Firma musste liquidiert werden und er erhielt die Kündigung zum Jahresende 1929. Es gelang ihm aber, nach nur einem Vierteljahr von einer Leipziger Firma für Werkzeugmaschinen und Werkzeuge in gleicher Funktion eingestellt zu werden. Sehr wahrscheinlich hatte seine schnelle Einstellung bei einem artverwandten Unternehmen auch damit zu tun, dass er im Gegensatz zu anderen zu gleicher Zeit entlassenen Angestellten etwas anzubieten hatte, er nämlich über genaueste Kundenkenntnis verfügte und eventuell auch die Kundenkartei seiner Vorgängerfirma mit einbrachte. Allerdings verringerten sich in seiner neuen Stellung seine Bezüge um ein Viertel bis ein Drittel unter gleichzeitiger Ausweitung seines mit Reichsbahn und Fahrrad zu bereisenden Arbeitsgebietes, dessen größte Erstreckung von Wolfen-Bitterfeld bis nach Hannover-Kassel reichte. Eine akute materielle Notlage der Familie ist trotz des reduzierten Einkommens – auch angesichts der Tatsache, dass man kostengünstig im Haus der Schwiegermutter wohnte – zu keiner Zeit zu erkennen. Doch das Damoklesschwert des sozialen Abstiegs schwebte ständig über ihnen; nach einer Tagebuchaufzeichnung vom August 1932 war Kurt Kleinau auch in seiner neuen Leipziger Firma schon dreimal vorsorglich gekündigt worden und momentan schon seit einem Dreivierteljahr auf Kurzarbeit von 75% gesetzt, was natürlich auch die Geldeinkünfte der Familie um ein weiteres Viertel reduzierte, d. h. das Arbeitseinkommen hatte sich gegenüber 1929 etwa halbiert. Normale Erwerbsverhältnisse sollten sich für ihn erst wieder 1934 ergeben.

Eine frühe – wie auch immer geartete – völkisch-antisemitische Prägung ist bei Kurt Kleinau nicht ausmachen. Als Jugendlicher war er Mitglied in der Wandervogel-Bewegung, nach 1923 im „bürgerlichen“ Ruderclub Hansa. Auch seine Mitgliedschaft im liberalen Gewerkschaftsbund der Angestellten deutet eher darauf hin, dass er bei den Reichstagswahlen seine Stimme wohl der Deutschen Volkspartei oder gar der Deutschen Demokratischen Partei gegeben haben wird. Auch über eine eventuelle vorherige Stahlhelm-Mitgliedschaft ist nichts bekannt. Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass er eventuell frei von Nationalismus gewesen wäre, eher im Gegenteil: ein strammer Nationalismus gehörte zur Grundausstattung aller bürgerlichen Schichten. Trotzdem überrascht auf den ersten Blick sein Eintritt in die NSDAP zum 1. November 1931 unter der Mitgliedsnummer 680964. Doch es besteht ein deutlicher Bezug zwischen dem drohenden sozialen Abstieg und der Hinwendung zur NSDAP; der Beginn der Kurzarbeit und der Eintritt in die NSDAP fielen zeitlich zusammen. Es könnte dies der Punkt gewesen sein, an dem ihm klar wurde, dass er in seinem Leben möglicherweise nie die gesellschaftliche Stellung seines

Vaters erreichen würde, der es bis zum geachteten 1. Expedienten des Kaliwerkes Solvayhall gebracht hatte und zur Skatrunde des Inhabers des jüdischen Bankhauses Gumpel zählte.

Kurt Kleinau stürzte sich fanatisch und ausdauernd in die Parteiarbeit, wie viele andere dieser Eintrittsjahrgänge auch. Im Zuge der Expansion der Partei stieg er im November 1932 zum Zellenleiter und im März 1934 zum Ortsgruppenleiter der neugegründeten Ortsgruppe Bernburg-Wasserturm auf. Seine beiden ältesten Söhne sollten später die Nationalpolitische Bildungsanstalt in Ballenstedt besuchen, deren Absolventen für Führungspositionen im Dritten Reich vorgesehen waren. Da seine Wohnung sich in einer Gegend mit starker Arbeiterbevölkerung befand machte ihn sein Engagement für die NSDAP gelinde gesagt nicht beliebter; die Familie wurde nach dem Parteieintritt des Mannes gemieden, die Frau auf offener Straße angespuckt, das „Nazischwein“ war in der Wohngegend verhasst. Auch einige Aufträge gingen ihm dadurch verloren, dass er bei den potentiellen Kunden mit Parteiabzeichen am Rockaufschlag vorsprach. Andererseits war er wohl gerade durch seine großflächigen Geschäftskontakte als Multiplikator wichtig für die Partei. Insgesamt scheint er auch nach 1933 keinen erkennbaren persönlichen materiellen Gewinn aus seiner Aktivistenrolle für die NSDAP gezogen zu haben. Nach seinem eigenen Bekunden sollte sich an der oftmals stark ablehnenden Haltung ihm als Nationalsozialisten gegenüber erst nach 1933 etwas ändern; man kann aber davon ausgehen, dass er hier zumindest in Teilen „geachtet“ und „gefürchtet“ verwechselt hat.<sup>24</sup>

Nun sind soziale Abstiegsbewegungen wie die an den Beispielen Ulrich von Bothmer und Kurt Kleinau dargestellten, so unangenehm sie den Betroffenen selbst auch erscheinen mögen, durchaus normal und auch für die Gesellschaft insgesamt solange unkritisch, wie sie sich mit Aufstiegsbewegungen die Waage halten. In den Jahren seit 1929 war dieses (gedachte) Gleichgewicht jedoch auf das Heftigste gestört. Die geburtenstärksten Jahrgänge in der deutschen Geschichte drängten auf einen schon vor der Weltwirtschaftskrise sich verengenden Arbeitsmarkt, in dem die Vätergeneration keine Anstalten machte, die von ihnen besetzten Positionen zu räumen. In einem völligen Missverhältnis zu den gegebenen Möglichkeiten standen die Aufstiegsenerwartungen der jungen Generation, insbesondere auf der „bürgerlichen“ Seite. Die Angestellten wiesen als einzige Groß-Berufsgruppe seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nach wie vor einen Zuwachs auf; gleichzeitig fielen auch in diesem Sektor viele Stellen der Rationalisierung zum Opfer. Den schon unter „normalen“ Bedingungen schwer

---

<sup>24</sup> Kurt Kleinau wurde 1939 als Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Bernburg-Wasserturm abgesetzt und mit zweijährigem Ausschluss von allen Funktionen bestraft, weil er versucht hatte, durch Abänderung einer Fahrradkarte die Deutsche Reichsbahn um 40 Pfennige zu betrügen. Es ist jedoch zu vermuten, dass der Vorfall dem nunmehrigen Kreisleiter eine billige Gelegenheit war, den noch von seinem Vorgänger eingesetzten Ortsgruppenleiter durch einen eigenen Gefolgsmann zu ersetzen.

unterzubringenden „Geburtenberg“ traf die Weltwirtschaftskrise mit voller Wucht. Die Sozialsysteme der Weimarer Republik waren mit dieser Entwicklung schon sehr bald vollkommen überfordert. In Auswirkung dieser Konstellation befand sich eine ganze Generation in einer vergleichbaren Lage und in einer nahezu identischen Widerspiegelung dieser Lage als einer „überflüssigen Generation“.<sup>25</sup> Die Angehörigen dieser Jugendgeneration waren „in einen sozialen Leerraum gestoßen, auf den sie selbst reagieren mussten, wenn sie nicht in Depression verfallen wollten.“<sup>26</sup> Sowohl die Zugehörigkeit zu sogenannten „Wilden Cliques“ als auch die massenhafte Zugehörigkeit zu den militarisierten Männerbünden aller Weltanschauungsrichtungen ist demzufolge als Versuch zu sehen, diese Leere zu füllen. Der „totale Erfassungsanspruch, den diese Organisationen an ihre Mitglieder stellten, und die ideologische Perspektive einer totalen Alternative zum als bankrott erfahrenen ‚System‘ [besaßen] angesichts der lebensweltlichen Erfahrungen dieser Generation Attraktivität [...]. Es ist ganz charakteristisch, dass gerade die Altersgruppen der Jungerwachsenen zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr überproportional in diesen Kampforganisationen vertreten waren, wie sie auch überproportional in der Statistik der Arbeitslosigkeit auftauchten.“<sup>27</sup> Auch für das Untersuchungsgebiet lässt sich für die Angestellten eine Parallelität der Altersstruktur der Arbeitslosen und der Altersstruktur der NSDAP belegen. Es ist davon auszugehen, dass auch die nicht von Arbeitslosigkeit betroffenen Angehörigen dieser Generation über die intensivierte „horizontale“ Kommunikation unter Altersgenossen an dieser Erfahrung der Perspektivlosigkeit Anteil hatten und sich – relativ unabhängig vom tatsächlichen Status – in einer subjektiv gleichartigen Lage sahen.

Im Tagebuch Kurt Kleinaus liest sich der Vermerk über den NSDAP-Beitritt dann auch so, als hätte er etwas getan, was jetzt alle tun: „Auch ich stehe in der sogen. ‚Braunen Armee‘“. Insofern ist anzunehmen, dass die verhängte Kurzarbeit für ihn nur den letzten Anlass zu einem Schritt bildete, der früher oder später auf jeden Fall zu erwarten gewesen wäre. Denkbar ist aber auch, dass seine Zugehörigkeit zu einer von ihm selbst als herausgehoben empfundenen Angestelltenkategorie ihn besonders radikal auf die bis vor kurzem kaum denkbare Verschlechterung seiner sozialen Situation reagieren ließ. In späteren Befragungen, in erster Linie in den Entnazifizierungsverfahren nach 1945, wurde von den Anfang der 30er Jahre eingetretenen Parteimitgliedern immer wieder die Bedeutung der grassierenden Arbeitslosigkeit und des damit verbundenen tatsächlichen bzw. drohenden sozialen Abstiegs für diesen Schritt unterstrichen. Man könnte das durchaus als Versuch der nachträglichen Reinwaschung ansehen, wenn nicht auch andere zeitgenössische Quellen, wie z. B.

---

<sup>25</sup> Peukert (1986), S.145.

<sup>26</sup> Ebenda, S.147.

<sup>27</sup> Ebenda, S.148. Für Zeitgenossen konnte sich die beschriebene Sinnsuche dieser Generation durchaus als Abenteurerertum darstellen. Vgl. Haffner (2000), S.69.

die Tagebuchnotizen Kurt Kleinaus, die noch nichts von einer späteren Entnazifizierung wissen konnten, dies bestätigen würden.

Die in jenen Jahren weit über den vorerst der NSDAP nahestehenden Personenkreis hinaus verbreiteten Ängste im „Bürgertum“ lassen sich kaum besser darstellen als anhand des auch im Kreis Bernburg rezipierten Buches „Revolution 1933“ von Martin Bochow. Die Botschaft des in belletristischer Form gehaltenen Propagandawerkes ist eingängig: Provoziert durch die Begehrlichkeiten des internationalen – vor allem des amerikanischen – Kapitals und durch die Unfähigkeit einer republikanischen Politikerkaste werden sich die Lebensbedingungen des deutschen Volkes, vor allem der unteren Schichten (Arbeiter, Bauern, Kleingewerbetreibende) rapide verschlechtern und wird eine letztendlich scheiternde kommunistische Revolution Deutschland in ein noch größeres Chaos stürzen und es letztendlich völlig dem Ausland ausliefern.<sup>28</sup> Die von der NSDAP gegen dieses projizierte drohende Chaos gesetzte, alles überwölbende Vorstellung von der „Volksgemeinschaft“ (die im übrigen auch im restlichen „bürgerlichen“ Spektrum sich spätestens seit dem Ende des Weltkrieges in Konjunktur befand) umfasste in einem Rundumschlag die Lösung aller bestehenden Probleme: das Zusammenstehen gegen den zum Universalschuldigen für die deutsche Misere stilisierten Versailler Vertrag<sup>29</sup> wie auch gegen die „Marxisten“, die Lösung der individuellen Existenz-Probleme, die Einebnung aller Unterschiede in Herkunft, Stand, Beruf, Vermögen, Bildung; kurz: das kleine Idyll. Natürlich hat dies eine irrationale, quasi-religiöse Komponente. Doch die Weltwirtschaftskrise stellte eine große Zahl von Menschen unvorbereitet vor massivste Existenzprobleme, so dass in der subjektiven Wahrnehmung vieler von ihnen nur noch ein Wunder hätte helfen können. Und dieses Wunder brachte einen Wundertäter, den „Führer“. In einer Tagebuchnotiz vom August 1932 schrieb Kurt Kleinau, nachdem er die grassierende Arbeitslosigkeit beklagt hatte: „Zur Wiederaufrichtung des Glaubens an ein besseres Deutschland ist uns ein fast namenloser Führer entstanden, Adolf Hitler“. Noch deutlicher wird er in einem späteren selbst verfassten Gedicht. Der „Führer“ erscheint hier als ‚Heiland‘, der die Deutschen ins ‚gelobte Land‘ – spricht: die ‚Volksgemeinschaft‘ – führt, wo dann alle glücklich miteinander leben werden.<sup>30</sup>

Auch bei von Bothmer gingen Volksgemeinschaftsgedanken und Führergläubigkeit eine kaum aufzulösende Einheit ein. Ob der nach dem Ersten Welt-

---

<sup>28</sup> Vgl. \*\*\* (1930), pass. Das Buch wurde in der Januar-Versammlung 1931 der Hecklinger Ortsgruppe des deutschnationalen Bundes Deutscher Frauen-Dienst (Königin-Luise-Bund) verlesen. Vgl. Deutsches Frauenblatt. Zeitschrift für Frauen aller Stände und Berufe. Nachrichtenblatt des Bundes Deutscher Frauen-Dienst e.V., Magdeburg Hornung (Februar) 1931.

<sup>29</sup> In den Worten des NSDAP-Gauleiters Loeper 1930: „Die Quelle allen Elendes sei das Diktat von Versailles, das müsse beseitigt werden, wenn eine Wandlung zur Gesundung eintreten solle.“ Anhalter Anzeiger, Dessau, 01.11.1930.

<sup>30</sup> Vgl. <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#gedkl>.

krieg erlittene individuelle gesellschaftliche Statusverlust, der Abstieg vom Offizier zum kaufmännischen Angestellten, bei von Bothmer auch die Akzeptanz der Volksgemeinschaft beförderte, ist nicht mehr aufzuklären.

\*\*\*

Für die Eintrittswelle der Jahre 1932/33 ist gegenüber den Eintritten voriger Jahre viel weniger Idealismus, quasi-religiöser Fanatismus und Abenteuerum, sondern mehr und mehr schlichter Opportunismus als vorwiegender Eintrittsgrund zu veranschlagen; ideologisch-weltanschaulich begründete Eintritte waren jetzt eher die Ausnahme. Man nahm an, dass von einem die Zugehörigkeit zur „Bewegung“ verlangt werden würde, und versuchte dieser Forderung in vorauseilendem Gehorsam zu entsprechen. Der spätere NS-Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt, Hauptmann a. D. Wilhelm Loeper, kommentierte denn auch schon am 11. November 1932 in einem Stimmungsbericht an die NSDAP-Reichsorganisationsleitung: „Das Bürgertum flattert nun einmal dahin, wo die Macht ist und wo es sich Vorteile erhofft [...]“.<sup>31</sup> Und der Volksmund spottete hinreichend über diese „Märzgefallenen“ und „Maiveilchen“ des Jahres 1933 und deutete auch die einschlägigen Organisationsbezeichnungen hinter vorgehaltener Hand entsprechend um: NSDAP: Nun Suche Dir Auch Ein Pöstchen, NSBO:<sup>32</sup> Noch Sind Bonzen Oben, NSDStB:<sup>33</sup> Nach Sehr Dürftigem Studium Bonze, Bonze: Bin ohne Nachteil zu entbehren, NSLB:<sup>34</sup> Nicken, Schweigen, Lächeln, Bezahlen.<sup>35</sup>

Viele der im Umfeld des Machtwechsels eintretenden Karrieristen hatten aufgrund bestehender Berührungspunkte der NSDAP schon länger nahe gestanden und brauchten somit in der Regel auch keine weltanschaulichen Gräben mit ihrem Beitritt zu überspringen. Doch es bedurfte tatsächlich erst der ‚Werbekraft‘ des Sieges, um sie der Partei – in der Regel kurz vor deren vorläufiger ‚Schließung‘ am 1. Mai 1933 – endgültig zuzuführen. Sebastian Haffner hat in seinen 1939 niedergeschriebenen Erinnerungen versucht, diesen Personenkreis in seiner Befindlichkeit zu charakterisieren: „Der einfachste Grund, und fast überall, wenn man nachbohrte, der innerste, war: Angst. Mitprügeln, um nicht zu den Geprügelten zu gehören. Sodann: ein wenig unklarer Rausch, Einigkeitsrausch, Magnetismus der Masse. Ferner bei vielen: Ekel und Rachsucht gegenüber denen, die sie im Stich gelassen hatten. Ferner, eine seltsam deutsche Figur, dieser Gedankengang: ‚Alle Voraussagen der Gegner der Nazis sind nicht eingetroffen. Sie haben behauptet, die Nazis würden nicht siegen. Nun haben sie doch gesiegt. Also hatten ihre Gegner Unrecht. Also

---

<sup>31</sup> Bundesarchiv Berlin, NS 22/426. Loeper hatte zu dieser Zeit die nur von August bis Dezember 1932 bestehende Funktion eines Landesinspektors für Mitteldeutschland-Brandenburg inne, davor und danach war er Gauleiter Magdeburg-Anhalt.

<sup>32</sup> NSBO: Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation.

<sup>33</sup> NSDStB: Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund.

<sup>34</sup> NSLB: Nationalsozialistischer Lehrerbund.

<sup>35</sup> Vgl. Windschild/Schmid (1999), S.113, 119, 391.

haben die Nazis Recht.' Ferner bei einigen (namentlich Intellektuellen) der Glaube, jetzt noch das Gesicht der Nazipartei ändern und ihre Richtung abbiegen zu können, indem man selbst hineinging. Sodann, selbstverständlich, auch echte gewöhnliche Mitläuferei und Konjunkturgesinnung. Bei den primitiver und massenartiger Empfindenden, Einfacheren schließlich ein Vorgang, wie er sich in mythischen Zeiten abgespielt haben mag, wenn ein geschlagener Stamm seinem offenbar ungetreuen Stammesgott abschwur und den Gott des siegreichen Feindesstamms zum Schutzherrn wählte. St. Marx, an den man immer geglaubt hatte, hatte nicht geholfen. St. Hitler war offenbar stärker. Zerstören wir also St. Marx' Bilder auf den Altären und weihen wir sie St. Hitler. Lernen wir beten: Die Juden sind schuld, anstatt: Der Kapitalismus ist schuld. Vielleicht wird uns das erlösen."<sup>36</sup>

Opportunistisches, d. h. nutzenorientiertes Eintrittsverhalten tritt uns am stärksten im Bereich des öffentlichen Dienstes entgegen. Unter den Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes waren naturgemäß jene für eine Hinwendung zur NSDAP empfänglicher, die Zurückweisungen, Nichtbeförderungen etc. hatten hinnehmen müssen. Für diese Personen bestand die Möglichkeit, dies einer vermeintlichen oder tatsächlichen sozialdemokratischen („marxistischen“) „Parteibuchwirtschaft“ anzulasten. Nachdem mit dem Wechsel der Regierung nachteilige Auswirkungen einer NSDAP-Mitgliedschaft nicht mehr zu fürchten waren, bestand für sie die Möglichkeit, sich auf recht billige Art auch noch ein Stück Genugtuung zu verschaffen. Doch jene waren nicht unbedingt typisch für die Neumitglieder aus dem öffentlichen Dienst insgesamt. Typisch waren vielmehr jene, die relativ emotionslos ihre eigene berufliche Stellung und den perspektivischen Bestand des „Dritten Reiches“ einzuschätzen versuchten und im Ergebnis dessen sich mit einer Parteimitgliedschaft auf der sicheren Seite glaubten. Das von den neuen Machthabern erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ dürfte diesen Entscheidungsprozess ebenso wesentlich beeinflusst haben, wie die Wechsel in den Führungspositionen. Diese Situation erzeugte die Angst, bei nicht demonstrativ hervorgekehrter Systemloyalität eventuell selbst zu den Entlassenen oder Zurückgestuften zu gehören. Später versuchten die Betroffenen auch vor sich selbst die Rechtfertigung, dass einem keine andere Wahl geblieben sei. Nur wenige waren dann rückblickend noch in der Lage, die tatsächliche Motivation sich selbst und auch anderen gegenüber einzugestehen, wie z. B. der im Katasteramt des Kreises Bernburg tätige Vermessungstechniker Arnhold W., der im Dezember 1932 der NSDAP beigetreten war: „Mir kam es lediglich darauf an, meinen Beruf ausüben zu können, der mit Politik nichts zu tun hat.“<sup>37</sup> Die Regel war jedoch, dass man späterhin behauptete, nur der von amt-

---

<sup>36</sup> Haffner (2000), S.131.

<sup>37</sup> Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Abteilung Dessau, Bezirksverwaltung Dessau, Nr.799, Bl. 211.

licher Stelle gehegten Erwartung entsprochen zu haben,<sup>38</sup> oder auch einer Erörterung der Eintrittsmotivation gänzlich aus dem Wege ging.

In welchem Maße die NSDAP die öffentlichen Verwaltungen eroberte zeigt eine zeitgenössische Aufstellung der 15 Beschäftigten in der Stadtverwaltung Sandersleben per 30. September 1934. Neun von ihnen gehörten der NSDAP an (fünf davon erst seit 1933), ein weiterer – Stahlhelmmitglied seit 1924 – sollte 1936 eintreten. Drei weitere Beschäftigte waren seit 1933 SA-Leute, eine Beschäftigte gehörte seit 1933 der Hitlerjugend (gemeint ist wohl der BDM) und 1934 dann der NS-Frauenschaft an, und der einzige Lehrling war ebenfalls Hitlerjugend-Mitglied. Jeder Beschäftigte in der Stadtverwaltung Sandersleben hatte also, sofern er nicht von vornherein zu den „Überzeugten“ und „alten Kämpfern“ gehörte, zumindest eine Alibi-Mitgliedschaft zur Bekundung der ‚richtigen‘ politischen Einstellung vorzuweisen.<sup>39</sup>

Sehr oft wurde die frisch erworbene Parteimitgliedschaft auch offensiv einzusetzen versucht, um Karrieren voranzutreiben. In diesem nachfolgenden offensiven Einsetzen der neuerworbenen Parteimitgliedschaft unterschieden sich die 1932er und 1933er Neumitglieder auch deutlich von den „alten Kämpfern“, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit in erster Linie einer einmaligen Versorgung mit einer Arbeitsstelle bedurften. Den 1933er Neumitgliedern hingegen ging es in der Mehrzahl um Absicherung bzw. um das Vorantreiben ihrer Karriere. Beispielhaft lässt sich dieser offensive Umgang mit der gesellschaftlichen Stellung als Parteimitglied anhand eines Schreibens des Bernburger Rechtsanwalts Werner M., der eine mehr schlecht als recht gehende Praxis betrieb, nachvollziehen. M. versuchte mit diesem Schreiben an den offensichtlich über die – aus M.'s Sicht – richtigen ‚Beziehungen‘ verfügenden Prof. N. in Halle seinem kurz zuvor gestellten Gesuch um Ernennung zum Notar weitere Geltung zu verschaffen, d. h. einen Vorteil gegenüber zwei weiteren zur Auswahl stehenden, der NSDAP aber nicht angehörenden Kollegen zu erlangen. Bemerkenswerterweise stellte er ausschließlich seine politischen Aktivitäten heraus. Nichtsdestotrotz blieb das Gesuch letztendlich erfolglos, weil in Bernburg kein weiterer Bedarf an Notaren bestand.<sup>40</sup>

Am greifbarsten sowohl für die Zeitgenossen als auch für den nachgeborenen Betrachter wird der Anpassungsprozess unter den Angestellten und Beam-

---

<sup>38</sup> So z. B. Johannes G., vor 1945 Leiter des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Bernburg und NSDAP-Mitglied seit dem 1. Mai 1933, der versuchte, in einem Rechtfertigungsschreiben an Landrat Schotte 1946 sich selbst als ‚Anti-Nazi‘ darzustellen. Aus den Anmerkungen des Landrats, der als Beamter nach 1932 auf subalterne Funktionen verwiesen worden und lediglich von November 1933 bis Januar 1935 SA-Mitglied war, geht hervor, dass es schlicht die Angst vor einem Karriereknick war, die G. in die Partei getrieben hatte. Als die Karriere wieder gesichert schien konnte er demnach auch seine politische Bekenntniswut wieder zurückfahren und sich auf den Posten eines NSV-Kreisrevisors zurückziehen. Vgl. ebenda, Kreisverwaltung Bernburg, 806, pass.

<sup>39</sup> Vgl. Stadtarchiv Sandersleben, 411 („betr. Verteilung von Arbeitsplätzen“), Bl. 5.

<sup>40</sup> Vgl. <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#werner.m>.

ten des öffentlichen Dienstes durch das überlieferte Verhalten der kommunalen Spitzenbeamten. Über den schon seit 1932 in der Nachfolge des beurlaubten sozialdemokratischen Landrates kommissarisch amtierenden und 1933 bestätigten neuen Bernburger Landrat Johannes Pietscher, zuvor Kreisdirektor in Ballenstedt, notierte der Ballenstedter Pfarrer i. R. Karl Windschild unter dem 4. März 1933 in seinem Tagebuch: „Interessant ist dabei der Gang des Kreisdirektors Pietscher und seines Syndikus Reuß durch das Leben: Als 1918 die Welle die Sozis emportrug, machte P. dem nachher ins Irrenhaus gesperrten ‚Regenten‘ – der Name ist mir entfallen –, der sich ... ein Auto ‚requiriert‘, d. h. gemaust hatte, seine Reverenz und befuhr mit ihm Arm in Arm sein Reich. Dann war er mit Trautwein, dem Führer der Sozialdemokraten im Kreise, ein Herz und eine Seele und strich ihm bei jeder Gelegenheit Honig um den Mund. Jetzt kommt die nationalsozialistische Welle. Sie wächst und: ‚Herr Kreisdirektor, wir müssten uns doch mal bei den Nazis sehen lassen‘, sagt Herr Reuß. ‚M. w.‘ – Machen wir, sagt Pietscher ... Ein richtiger Kork schwimmt eben immer oben.“<sup>41</sup> Pietscher trat per 1. Mai 1933 der NSDAP bei, wurde schon im Juni 1934 als wieder ausgeschlossen vermeldet,<sup>42</sup> verblieb aber nichtsdestotrotz bis zu seiner Pensionierung 1937 im Dienst.

Erfolgte die Masse der opportunistischen Eintritte auf dem Wege des vorseilenden Gehorsams, so wurde vorerst noch eine Minderheit der 1932er/1933er Eintritte im öffentlichen Dienst schon durch einen auf die betreffenden Personen ausgeübten Druck verursacht. Der Stadtsekretär Wilhelm P. aus Güsten wurde z. B. im April 1933 aus dem städtischen Dienst entlassen weil er Mitglied der Konsumgenossenschaft war. Später wurde er wieder eingestellt. Gleichzeitig wurde ihm aber anheimgegeben, Mitglied der NSDAP zu werden. Die Güstener NSDAP hatte schon in den Jahren zuvor wiederholt angekündigt, im Falle des Sieges unter den Beamten „aufräumen“ zu wollen. Die vorherige Kündigung dürfte P. als Bestätigung dieser Drohungen genügt haben, er trat der Partei im Mai 1933 bei.<sup>43</sup> Insgesamt ist jedoch in diesen Fällen der durch die Ausübung von materiellem Druck im öffentlichen Dienst erzielten Beitritte noch keine Strategie der Partei insgesamt erkennbar; es handelte sich vielmehr in der Regel um Eigeninitiativen von Vorgesetzten gegenüber ihren direkten Untergebenen.

Ein solcherart direkter Zugriff, wie er im öffentlichen Dienst 1932/33 auch noch die Ausnahme blieb, war im privatwirtschaftlichen Sektor – auch wenn in den Entnazifizierungsverfahren nach 1945 dies von den Betroffenen oft anders dargestellt wurde – in der Regel überhaupt nicht möglich. Typisch für die Privatwirtschaft waren vielmehr die Gastwirte Erich K. aus Ilberstedt, der wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten und in der Hoffnung auf bessere Ge-

---

<sup>41</sup> Zitiert nach: Windschild/Schmid (1999), S. 53.

<sup>42</sup> Vgl. Bundesarchiv Berlin, BDC, NSDAP-Mitgliederkartei.

<sup>43</sup> Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Abteilung Dessau, Bezirksverwaltung Dessau, Nr. 800, Bl. 102.

schäfte Mitglied der NSDAP geworden war,<sup>44</sup> und Fritz B. aus Nienburg, der als ehemaliger Stadtverordnetenvorsteher mit seiner Frau schon 1932 aus der SPD aus – und, in der Hoffnung, dass die NSDAP ihr Lokal zu ihrem ‚Verkehrslokal‘ erwählen möge, in die NSDAP eingetreten war.<sup>45</sup> Gleichermäßen typisch erscheinen der Maurermeister Hermann K. aus Oberpeißen, der auf Aufträge der öffentlichen Hand hoffte, und der Maurer- und Zimmermeister Erich W. aus Sandersleben, der sich zum Beitritt zur NSDAP „nur aus geschäftlichen Gründen“ veranlasst gesehen haben will.<sup>46</sup> Auch die Parteieintritte von Industriellen waren in analoger Weise motiviert.

Mit zunehmender gesellschaftlicher Etablierung der NSDAP kam es häufig vor, dass opportunistisches Eintrittsverhalten in Bezug auf die NSDAP und deren Anhangsorganisationen nicht nur durch die jeweilige materielle Lage, sondern auch durch das soziale Umfeld ausgelöst wurde. Im Bestreben, seine Position in der jeweiligen sozialen Gruppe zu behaupten, löste der Betreffende – es handelte sich fast ausschließlich um Männer – das nationalsozialistische Ticket. Einerseits waren es Bekanntschaftskreise und Vereinsmitgliedschaften, die indirekt oder auch direkt eine solche politische „Gleichschaltung“ forderten, andererseits waren es aber vor allem die Familien, in denen dieser Mechanismus zum Tragen kam. Die NSDAP wuchs in die Breite der Verwandtschafts- und Bekanntschaftskreise, aus bisherigen Wählern wurden Mitglieder. Beispielhaft für diese Entwicklung steht die Familie des 1881 geborenen Justizsekretärs am Amtsgericht Bernburg Franz M. Er selbst hatte in der Weimarer Republik keinen politischen Parteien oder Vereinen angehört. Seine vier Kinder waren jedoch sämtlich im nationalsozialistischen Spektrum aktiv, die 1909 geborene Tochter Margarete seit 1928 als Wehrwolf-„Opferschwester“ und seit dem 1.3.1932 in der NSDAP sowie in der NS-Frauenschaft, der 1910 geborene Sohn Friedrich seit dem 1.8.1932 in der NSDAP und in der SS, der 1917 geborene Sohn Heinz seit April 1930 im NS-Schülerbund, der 1919 geborene Sohn Joachim seit dem 11.8.1932 im Jungvolk. Auch der spätere (1934) Schwiegersohn gehörte schon seit 1930 der NSDAP und zuvor dem Bund Oberland und dem Wehrwolf an. Es ist anzunehmen, dass der tuberkulosekranke Vater schon früh die familiäre Meinungsführerschaft an seine Kinder abgeben musste und deren politische Entwicklung mit seinem Parteieintritt zum vorerst letztmöglichen Termin am 1. Mai 1933 lediglich nachvollzog.<sup>47</sup> Dies scheint kein Einzelfall, sondern ein allgemeiner Trend zu sein, die erwachsenen Kinder traten oftmals früher ein als ihre Väter.

---

<sup>44</sup> Vgl. Freiheit, Bernburg, 12.11.1947.

<sup>45</sup> Vgl. Volkswacht, Bernburg, 17.06.1932.

<sup>46</sup> Vgl. Freiheit, Bernburg, 17.11.1947; Stadtarchiv Sandersleben, „Eidesstattliche Erklärungen an den Antifa-Ausschuß“, Bl. 94.

<sup>47</sup> Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg, Rep. C 127, Anhang: Justiz PA, M, Nr.56, pass.; Der Wehrwolf, Halle a. S., 11.01.1928; Bundesarchiv Berlin, BDC, RS 6010007878.

\*\*\*

Auch die seit 1937 nach der faktischen Aufhebung der „Mitgliedersperre“ erfolgenden Eintritte waren in ihrer übergroßen Mehrheit von Opportunismus getragen. Es wäre allerdings verfehlt, die Neumitglieder der Jahre 1937/38 nur als jene sehen zu wollen, die es 1933 vor der „Schließung“ der Partei ‚nicht mehr rechtzeitig geschafft‘ hatten. Dagegen spricht, dass für diesen Schritt bis zum 1. Mai 1933 genügend Zeit zur Verfügung gestanden hatte, die Schließung der Partei für Neuaufnahmen zuvor bekannt geworden war und es wohl auch nach dem 1. Mai noch einige auf dieses Datum rückdatierte Eintritte gab. Die 1937er NSDAP-Mitglieder waren 1933 in der Regel Mitgliedschaften in anderen NS-Organisationen – SA, SS, NSKK etc., auch im zu dieser Zeit noch selbständigen Stahlhelm – eingegangen, die aus ihrer damaligen Sicht genügen sollten, die „positive Stellung zum nationalsozialistischen Staat“ hinreichend zu dokumentieren. Mit der Zunahme des Konformitätsdrucks ab 1937 erwies sich dies aber sowohl aus Sicht der den Eintrittsdruck Ausübenden als auch aus ihrem eigenen Blickwinkel heraus als nicht mehr ausreichend. Von lokalen NS-Funktionären einerseits und Arbeitgebern andererseits wurde auf sie Druck zum Eintritt in die NSDAP ausgeübt, wobei dessen Intensität zwischen einfacher Agitation und brutaler Drohung variierte. Die dominierenden opportunistischen Verhaltensweisen der Jahre 1932/33 und 1937/38 sind demzufolge deutlich anders gelagert: im ersten Fall vorauseilender Gehorsam von Personen, die in ihrer übergroßen Mehrheit aus eigenem Antrieb zur Partei stießen, im zweiten Fall eher nachfolgender Gehorsam von Personen, die seit 1937 mehrheitlich Opfer des auf sie von verschiedenen Stellen ausgeübten Drucks zum Beitritt wurden. In den Entnazifizierungsverfahren nach 1945 sollten sie zu einem sehr großen Teil angeben, sie seien zur Mitgliedschaft „gezwungen“ oder sogar aus einer NS-Anhangsorganisation „automatisch übernommen“ worden. Letzteres ist exemplarisch nachgeprüft worden und kann an dieser Stelle in das Reich der nutzbringenden Legende verwiesen werden.

Die Aggressivität einiger, bei weitem nicht aller, Ortsgruppenleiter bei der Gewinnung neuer Mitglieder resultierte auch aus dem Druck, unter den sie selbst in dieser Frage gestellt waren. Die „Lockerung“ der „Mitgliedersperre“ 1937 war eindeutig unter der Intention erfolgt, die NSDAP eine Massenpartei in einem Volumen von einem Zehntel der Bevölkerung werden zu lassen und gleichzeitig die mit der Eintrittswelle 1932/33 erworbene sozialstrukturelle Ungleichgewichtigkeit mittels gezielter Neueintritte vor allem aus der Arbeiterschaft und der Jugend wieder auszugleichen. Mit letzterem allerdings waren die unteren Parteiinstanzen offensichtlich überfordert, für sie zählten lediglich die vorgegebenen magischen zehn Prozent, wie auch das nachfolgende Rundschreiben des Kreisleiters aus dem benachbarten preußisch-anhaltischen Parteikreis Quedlinburg-Ballenstedt vom Januar 1940 belegt: „Ich weise nochmals darauf hin, dass sich jeder Ortsgruppenleiter für die z. Zt. bestehende Auflockerung der Mitgliedersperre der NSDAP. dahingehend einsetzt, dass eine rege

Werbung für Neuaufnahmen betrieben wird. Eine öffentliche Werbung mit schriftlichen Anzeigen usw. ist nicht gestattet. Es ist daher unbedingt auf die Propaganda von Mund zu Mund zurückzugreifen. Von mir aus habe ich nichts dagegen einzuwenden, dass die Lockerung der Mitgliedssperre auf den Haustafeln in den Ortsgruppen bekanntgegeben wird. In meinem Kreisgebiet muss alles daran gesetzt werden, dass das Kontingent (10% der Einwohnerschaft) erreicht wird. Zu meinem Befremden habe ich noch feststellen müssen, dass es im Kreise noch einige Ortsgruppen gibt, die bis heute noch gar keine Neuaufnahmen hereingegeben haben. Ich muss gerade diese Ortsgruppenleiter bitten, sich für einen versprechenden [entsprechenden – T.K.] Erfolg einzusetzen.“<sup>48</sup>

Als bei weitem effektivstes Druckmittel zur Erzielung von Beitritten erwies sich vor dem Hintergrund der Erinnerung an die gerade überstandene Wirtschaftskrise die Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. die Androhung beruflicher Zurücksetzungen. Von nationalsozialistischer Überzeugung war an keiner Stelle mehr die Rede, es ging einzig darum, die Mitgliedschaft der Zahl nach zu verstärken und die betreffenden Personen zu einem formalen Bekenntnis zu veranlassen.

Beispielhaft wäre hier der Fall des 1909 geborenen Zimmermanns Fritz B. herauszugreifen. Seit 1927 war er in seinem Beruf zuerst bei einer Baufirma, dann von 1933 bis 1940 bei den Deutschen Solvay-Werken tätig. Gleichfalls seit 1927 bis zur Übernahme in die DAF war er Mitglied des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Zimmerer und seit der Jugendzeit Mitglied in Arbeitersportvereinen gewesen. Ein seit 1930 bestehendes und sich immer weiter verstärkendes Krampfaderleiden (offener Fuß) machte ihn letztendlich vollkommen arbeitsunfähig. Eine andere – leichtere – Tätigkeit im Betrieb wurde ihm jedoch verwehrt. Der daraufhin von ihm angestrebte Besuch der Bauschule in Zerbst wurde erst möglich, als er die Vorleistung des NSDAP-Beitritts (1.2.1940) erbrachte. Außer durch Beitragszahlung war er für die Partei aber offensichtlich von keinem weiteren Nutzen.<sup>49</sup>

Am effektivsten ließ sich diese Drohung mit dem Arbeitsplatz natürlich im öffentlichen Dienst aufbauen, hier war der in der Privatwirtschaft nur schwer zu erzielende direkte Zugriff möglich. Im Normalfall wurde argumentiert, dass der Betreffende als Beamter schon längst Mitglied sein müsste und seine ‚positive Stellung zum nationalsozialistischen Staat‘ auch nach außen zu dokumentieren hätte. Im Einzelfall konnte es sogar vorkommen, dass seitens der beschäftigenden Verwaltung die Mitgliedschaft gefordert, von der zuständigen Ortsgruppe die Bestätigung als Mitglied aber verweigert wurde.

Inwieweit den Drohungen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes tatsächliche Substanz innewohnte, ist nur schwer zu beurteilen. Innerhalb dieser Untersuchung konnte nicht ein einziger Fall ermittelt werden, bei dem eine Entlassung

---

<sup>48</sup> Kreisarchiv Quedlinburg, Güntersberge 147, o. Bl.

<sup>49</sup> Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Abteilung Dessau, Bezirksverwaltung Dessau, Nr. 817, Bl. 96ff.

nach Beitrittsverweigerung erfolgte. Freilich kann das auch daran liegen, dass kaum jemand sich dem Beitrittsansinnen zu verweigern wagte. Schon die Drohung mit der Entlassung reichte, um Gefügigkeit hervorzurufen.<sup>50</sup> Allerdings, Entlassungen nach einem Parteiausschluss kamen durchaus vor. Ein inzwischen verfestigtes Klima permanenter allseitiger Denunziation und totaler Kontrolle verlieh den Drohungen aller Art weitere Zugkraft, so dass etliche sich – auch jenseits der Arbeitsplatzbedrohung – durch eine NSDAP-Mitgliedschaft zusätzlichen Schutz vor Nachstellungen versprachen, also in der NSDAP Schutz vor der NSDAP suchten.

Es bleibt festzuhalten, dass sich die Hoffnungen, die in die nutzenorientierten Parteibeiträge gesetzt worden waren, in der Regel nicht erfüllten. Mit einer Parteimitgliedschaft waren kaum Vorteile zu erzielen, genauso wenig ließen sich vermeintlich oder tatsächlich drohende Nachteile abwenden. Sie stellte letztlich oftmals nur eine weitere vorgeschaltete formale Bedingung dar, deren Erfüllung keinen Einfluss auf die nachfolgende fachliche Selektion z. B. von Bewerbern in einem Auswahlverfahren hatte. Die NSDAP war somit keine „Karrieremaschine“, konnte es auch infolge der massenhaften Mitgliedschaft objektiv nicht sein.

Insgesamt sollte die Zahl der 1933 und in Fortsetzung der gestoppten Eintrittswelle dann 1937/38 eintretenden Mitglieder nicht über deren Qualität, d. h. ihre Nützlichkeit für die Partei, hinwegtäuschen. Generell dürfte die opportunistische Mehrheit der Mitgliedschaft versucht haben, sich „herauszuhalten“, NSDAP-Mitglied zu sein, ohne subjektiv zum Nationalsozialisten zu werden. Man flüchtete sich in Scheinaktivitäten und Nebenorganisationen und vermied es so weit als möglich, in der Partei selbst aktiv zu werden. Die Folge war, dass von den Kreis- und Ortsgruppenleitern gegenüber den Mitgliedern untergeordnete Funktionärstätigkeit oft nur noch zu erzwingen war.

\*\*\*

Nach 1940 fokussierten sich die Bemühungen der Partei um neue Mitglieder nicht mehr auf die gegenwärtigen Leistungsträger der Gesellschaft, sondern auf jene, die es in Zukunft sein würden bzw. die man dazu zu machen gedachte.<sup>51</sup> Das Mittel zum Zweck wurde die massenhafte Aufnahme von teilweise erst

---

<sup>50</sup> Aus einer Beurteilung des Kassierers Wilhelm H. vom Oktober 1945 durch den Leiter der Allgemeinen Krankenkasse für den Kreis Bernburg: „H[...] ist mir bekannt als schlichter, einfacher Mensch, der aus Überängstlichkeit um seine Position der NSDAP. beigetreten [ist. ...] Meiner Überzeugung nach ist H[...] tatsächlich nur aus Selbsterhaltungstrieb heraus nominell Mitglied der NSDAP. gewesen. Zum Aktivisten fehlt ihm jede Befähigung.“ Ebenda, Nr. 800, Bl. 100.

<sup>51</sup> Das bedeutet nicht, dass es daneben nicht auch noch das herkömmliche Muster der Beitrittserschleppung gegeben hätte. Aussage des der NSDAP nicht beigetretenen Bernburger Eichinspektors Erich F. 1946. „Der Beitritt zur Partei wurde mir als Beamten teils ‚warm‘, teils mit ‚Druck‘ ans Herz gelegt und noch 44 wurde mir der Rat gegeben, mich der Partei anzumelden, wenn ich nach Friedensschluss nicht aus der Gosse Wasser saufen wolle.“ Ebenda, Nr. 822, Bl. 109.

17jährigen Mitgliedern, den „Besten“ aus der Hitlerjugend (jeder fünfte) und dem Bund Deutscher Mädel (jede zehnte). Die Aufnahme anderer Personen wurde – mit der Ausnahme von Kriegsversehrten, für die eine ähnliche Kampagne inszeniert wurde – stark erschwert, so dass 1944 schließlich im Untersuchungsgebiet jeweils 45% der Eintretenden aus den Geburtsjahrgängen 1927 bzw. 1926 kamen. Mit diesem Konzept wäre es perspektivisch möglich gewesen, die sich vollziehende Überalterung der Partei aufzubrechen. Eine soziale Ausgewogenheit hätte sich jedoch auch mit diesem Verfahren der Mitgliederrekrutierung – nicht nur aufgrund des frühen Auslesetermins – nicht herstellen lassen. Vielmehr begann die NSDAP sich jetzt aus sich selbst zu reproduzieren. Die in die Partei „überführten“ „Besten“ von HJ und BDM waren mehrheitlich wieder Kinder von NSDAP-Mitgliedern, die ihre Kinder zu eifrigem Besuch des HJ- und BDM-Dienstes angehalten haben dürften. Die Parteaufnahme erfolgte jedoch auf Vorschlag der HJ bzw. musste von ihr zumindest durch die Erteilung einer „Dienstbescheinigung“ sanktioniert werden.

In dieser Konstellation ist auch der Grund dafür zu suchen, dass von der neuen Parteigeneration keinerlei innere Konflikte hinsichtlich ihres Parteieintritts überliefert sind. Die Jungmitglieder waren vollständig Produkte des Systems, der Parteibeitritt für sie eine Selbstverständlichkeit. Nach Kriegsende sollten sie behaupten, „automatisch“ in die NSDAP „überführt“ worden zu sein. So z. B. auch Helga E., geboren 1925, die per 20. April 1943 – zum „Führergeburtstag“ – „innerhalb des Rahmens der allgemeinen Überführung von der HJ, der ich pflichtgemäß angehörte, in die NSDAP. überwiesen“ wurde.<sup>52</sup> Die von ihr nach Kriegsende aus Gründen des Selbstschutzes eingeschlagene Argumentationsrichtung ist eindeutig: Mitgliedschaft in der HJ war Gesetz, und der quasigesetzlichen „Überführung“ in die NSDAP konnte man sich demzufolge auch nicht widersetzen. Auffällig ist nur, dass sie hinsichtlich ihrer familiären Herkunft überhaupt nicht im Verdacht stand, dies vorgehabt zu haben; beide Eltern waren NSDAP-Mitglieder, der Vater zudem schon 1934 Kreisfachschaftsleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Die „automatische Überführung“ der HJ- und BDM-Mitglieder ist zwar, den technischen Ablauf betreffend (analog zur „automatischen Übernahme“ der 1937er Mitglieder) wiederum als nutzbringende Legende zu kennzeichnen, dem Sinne nach ist das Bild von der „Überführung“ aber durchaus stimmig. Es gab eine gewisse Zwangsläufigkeit zwischen dem Beruf des Vaters, dessen NSDAP-Mitgliedschaft, der eigenen Aktivität in der HJ bzw. dem BDM und der folgenden eigenen NSDAP-Mitgliedschaft. Subjektiv durchaus ein Automatismus.

---

<sup>52</sup> Ebenda, Nr. 817, Bl. 201.

## 6. Volkspartei NSDAP?

Hinsichtlich ihrer Mitgliederstruktur ist die NSDAP von der Historiographie in jüngster Vergangenheit mehrheitlich als „Volkspartei“ beschrieben worden. Nach den in dieser Untersuchung vorgestellten Ergebnissen ist eine solche Charakterisierung für die NSDAP im Kreis Bernburg nicht haltbar, und es besteht Grund zu der Annahme, dass sie für das Deutsche Reich insgesamt unzutreffend ist.

Wie anhand der detaillierten Mitgliederstatistik ausführlich dargestellt ist zeichnete für die Hinwendung zur NSDAP – auch weit über das Jahr 1933 hinaus – das Zusammenspiel von Generationszugehörigkeit und sozialer Lage verantwortlich. Der alleinige Verweis auf einen der beiden Faktoren kann das Phänomen des rasanten Aufstiegs des Nationalsozialismus nicht hinreichend erklären.

Die 27 Geburtsjahrgänge von 1887 bis 1913 – ein (biologischer) Generationenabstand – bildeten nicht nur den Kern, sondern mit zwei Dritteln aller jemals in die NSDAP eingetretenen Mitglieder im Untersuchungsgebiet den Korpus der Partei. Die Merkmalsausprägung des Berufes zeigt sich im Vergleich dazu um einiges differenzierter und bleibt demzufolge der Alterstruktur in ihrer Bedeutung nachgeordnet. Die NSDAP ist im Untersuchungsgebiet daher als „kleinbürgerlich-nationale Generationspartei“ zu beschreiben. Diese Begriffsbildung hat gegenüber den in der Vergangenheit von der Forschung verwandten Bestimmungen „Mittelstandspartei“ oder „Volkspartei“ den Nachteil geringerer Gefälligkeit, aber den Vorteil größerer Genauigkeit, steht andererseits aber dem Begriff der „Mittelstandspartei“ näher als dem der „Volkspartei“.

\*\*\*

Die spezielle Kombination einer bestimmten Alters- mit einer bestimmten Berufsstruktur deutet auf eine kollektive Identität hin, ausgeprägt in der *sozialen* Abgrenzung gegen „die da unten“ und in der *generationellen* Abgrenzung gegen die Vätergeneration sowie im Einverständnis um gleiche Lebenserfahrungen und eine prinzipiell als gleichartig empfundene Lebenslage. Oder in konkreten Konflikten ausgedrückt: einerseits der alte Konflikt des „bürgerlichen“ resp. „nationalen“ Lagers mit dem „sozialistischen“ Lager um die politische Vorherrschaft, andererseits jedoch der die besondere Qualität der NSDAP bestimmende und faktisch nach außen gewendete, primäre neue Konflikt mit der Vätergeneration um die blockierten eigenen Zukunftschancen.

Insbesondere die Charakterisierung als „kleinbürgerlich“ erlaubt es, den für eine Radikalisierung in Richtung NSDAP empfänglichen Personenkreis besser zu umschreiben als das Attribut „mittelständisch“. „Kleinbürgerlich“ meint hier sowohl Angehörige der Mittelschicht, vor allem der unteren und mittleren Mittelschicht, als auch sozial auf- und abgestiegene ehemalige Angehörige der

Mittelschicht, wie auch dahin aufsteigen wollende Angehörige der Unterschicht. Dieser Begriff stellt ab auf eine gemeinsame integrierende Bewusstseinslage und ist deshalb handhabbarer als eine ausschließlich an sozialstatistischen Kriterien orientierte Begriffsbildung.

Das stärkste Indiz für die Richtigkeit der Beschreibung als „kleinbürgerlich-nationale Generationspartei“ ergibt sich aus dem Eintrittsverhalten in der Aufstiegsphase der Partei in der Weltwirtschaftskrise. Bildlich gesehen stellte die Expansion der NSDAP eine „Explosion“ in der regionalen Parteienlandschaft dar, und diese „Explosion“ ging von den 20 Geburtsjahrgängen von 1893 bis 1912 aus. Diese stellten im Untersuchungsgebiet 75% der Ende 1929 registrierten Mitglieder und sogar 81% aller Neueintritte des Jahres 1930. In der Aufstiegsphase konzentrierte sich die Mitgliedschaft also noch stärker auf wenige Jahrgänge als in der summarischen Darstellung über alle Eintrittsjahrgänge hinweg. Die sich anschließende Expansion der NSDAP seit 1931 ist vor allem als Expansion in die Tiefe der Generation zu verstehen. Im weiteren Verlauf des Eintrittsgeschehens sollte sich die zahlenmäßige Dominanz der Kernjahrgänge 1893 bis 1912 unter den Neueintritten erst nach 1938 allmählich verlieren, während sie in der Partei insgesamt bis zum Ende bestimmend blieben.<sup>53</sup> Die Folge war eine zunehmende Überalterung der Partei, deren Durchschnittsalter im Untersuchungsgebiet von 32,3 Jahren Ende 1929 auf 43,1 Jahre Ende 1943 stieg, um erst danach infolge der Masseneintritte aus HJ und BDM wieder leicht abzufallen.<sup>54</sup>

Durch die Beobachtung des Eintrittsverhaltens während der Zeit des Dritten Reiches wird die beschriebene Position weiter gestärkt. Obwohl unbestritten seit 1937 allgemein gegenüber allen Leistungsträgern ein starker Eintrittsdruck bestand, zeigten sich doch wiederum in erster Linie die Angehörigen der beschriebenen Kernjahrgänge für diesen Druck empfänglich, während vor allem unmittelbar nachfolgende Jahrgänge ihm besser auszuweichen wussten oder für ihn von vornherein viel weniger empfänglich waren. An der Berechtigung der Charakterisierung als „Generationspartei“ dürfte somit – zumindest für das untersuchte Gebiet – kaum ein Zweifel bestehen.

Die stark überdurchschnittliche Organisationsneigung der Kernjahrgänge ist im übrigen nicht nur für den Kreis Bernburg, sondern auch für das umliegende Territorium nachzuweisen, wie eine Aufstellung über ehemalige NSDAP-Mitgliedschaften in der Reichsbahndirektion Magdeburg aus dem Jahre 1946 zeigt. Der Kreis Bernburg gehörte vollständig zur Reichsbahndirektion Magdeburg, die wiederum in etwa das heutige westliche Sachsen-Anhalt umfasste.

---

<sup>53</sup> Siehe die zusammenfassende Tabelle „Neueintritte in die NSDAP im Untersuchungsgebiet 1921-1944“ unter <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#d9>.

<sup>54</sup> Siehe die zusammenfassende Tabelle „Statistische Kerndaten der NSDAP im Untersuchungsgebiet 1929-1944“ unter <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#d10> und das schon angeführte Diagramm „Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder im Untersuchungsgebiet 1921-1944“.

Sowohl in der Gruppe der Reichsbahn-Beamten als auch in der Gruppe der Reichsbahn-Arbeiter findet sich die gleiche generationsabhängige Eintrittshäufigkeit – und das unter Unterstellungsverhältnissen, die nicht von seiten einzelner Vorgesetzter, sondern systematisch von der Führung des Staatsunternehmens her den Beschäftigten in erheblichem Umfang öffentlich vorgezeigtes systemkonformes Verhalten abverlangte (siehe Diagramm).<sup>55</sup>

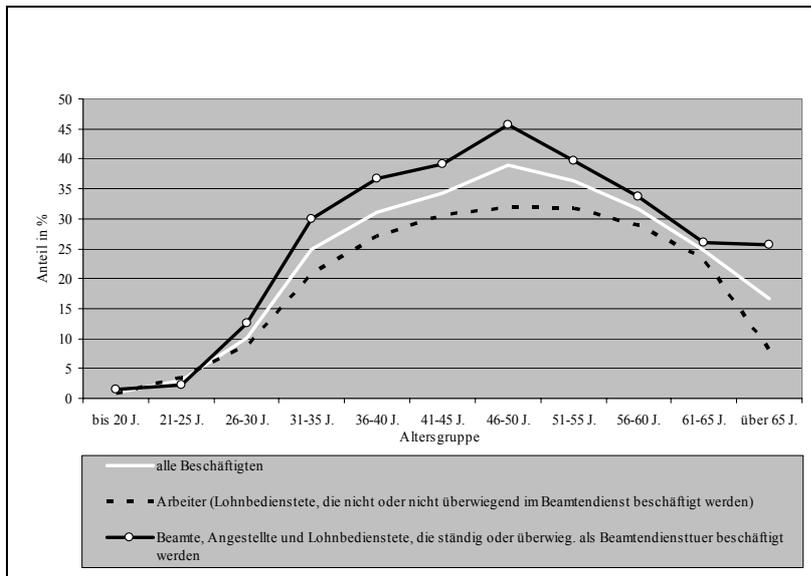


Diagramm 9: Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder unter den Beschäftigten der Reichsbahndirektion Magdeburg per 28.02.1946, geordnet nach Altersgruppen und Qualifikationsstufe

Die Parteieintritte seit 1932 sind zu einem großen Teil mit der individuellen Erpressbarkeit aufgrund der Aufstiegshemmung vor und der Arbeitslosigkeitserfahrung während der Weltwirtschaftskrise in Verbindung zu setzen. Tatsächlich Bedrohte oder sich bedroht Fühlende hinterfragten in der Regel nicht, ob hinter der Drohung auch eine reale Macht stand. Bemerkenswerterweise ging die Organisationsneigung dann innerhalb der Geburtsjahrgänge der 1913 und später Geborenen zurück, die durch späten Berufseintritt die Erfahrungen der Massenarbeitslosigkeit und der kollektiven Aufstiegshemmung, aber zuvor auch schon die Erfahrung der Nachkriegsnot, persönlich nur noch in einem

<sup>55</sup> Quelle der Berechnung: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg, Rep. M 60, FK, Teil 1, Nr. 542, o. Bl. Gesamtzahl der berücksichtigten Reichsbahn-Beschäftigten: 24.503. Die Aufstellung in der dem Diagramm zugrunde liegenden Quelle bezieht sich auf den Stand vor Beginn der reichsbahninternen „Bereinigung“.

wesentlich geringeren Umfang machen mussten. Im Bereich der gewerblich Angestellten ist für das Jahr 1930 zudem belegt, dass die Kernjahrgänge in gleichem Maße sowohl unter den NSDAP-Mitgliedern als auch unter den arbeitslosen Angestellten überproportional vertreten waren.<sup>56</sup> Auch der seit 1937 stark ausgeprägte Beitrittsdruck vermochte nicht, die bestehende Fixierung der Parteimitgliedschaft auf die Jahrgänge vor und nach der Jahrhundertwende hin zu einer relativ gleichmäßigen Vertretung aller Altersstufen in der Partei einzuebnen. Selbst unter den Reichsbahnbeschäftigten, die sich – nach den vorliegenden Quellen zu urteilen – diesem Druck am stärksten ausgesetzt sahen, hatte die spezifische Altersstruktur der NSDAP bis zum Ende des „Dritten Reiches“ Bestand. Erstmals 1939 und dann wieder seit 1941 erfolgten im Untersuchungsgebiet weniger als die Hälfte aller Neueintritte aus den beschriebenen zwanzig Geburtsjahrgängen 1893 bis 1912.

Zeitgenössische Literatur und historische Forschung sind sich weitestgehend einig darin, dass den im Umfeld des Ersten Weltkrieges durch die junge Generation erlittenen Prägungen eine herausragende Bedeutung bei der Radikalisierung in der Weltwirtschaftskrise zukam. Weiterhin wird versucht, diese Generation in mehrere Teil-Generationen aufzusplitten und insbesondere der „Kriegsjugendgeneration“ der Geburtsjahrgänge 1901 bis 1910 gegenüber der zwischen 1890 und 1900 geborenen „jungen Frontgeneration“ und der „Nachkriegsgeneration“ der nach 1910 Geborenen einen besonderen Rang auch hinsichtlich der Anfälligkeit für eine NSDAP-Mitgliedschaft zuzuweisen. Erklärt wird die auch in dieser Studie nachgewiesene zentrale Rolle dieser Jahrgangsgruppe mit deren Sozialisierung in der Not der Nachkriegszeit und einer Überantizipation des kriegerischen Gedankens.<sup>57</sup>

Für das Untersuchungsgebiet kann eine solche kurze und scharf abgegrenzte Generationenabfolge nicht bestätigt werden. Vielmehr handelt es sich hier ausweislich des ermittelten Eintrittsverhaltens in die NSDAP um eine etwa 27 Geburtsjahrgänge umfassende Generation der zwischen 1887 und 1913 Geborenen, die sich 1933 im Alter von 21 bis 46 Jahren befanden, einen tatsächlichen (biologischen) Generationenabstand also. Zudem ist der Höhepunkt der Eintrittsbewegung in die NSDAP – sowohl absolut als auch relativ – am Über-

---

<sup>56</sup> Vgl. <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#k431>.

<sup>57</sup> Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch zeitgenössische Beobachter von der kompakten Präsenz dieser geburtenstärksten und durch die Kriegsverluste der vorhergehenden Jahrgänge numerisch weiter aufgewerteten Gruppierung in der (männlichen) Alterspyramide haben beeindruckt lassen. Zwischen den Autoren besteht keineswegs Einigkeit über die genaue jahrgangsmäßige Abgrenzung dieser veranschlagten Teilgenerationen. Vgl. beispielhaft Gründel (1933), S. 22-63; Haffner (2000); Olenhusen (1987), S. 26, 31. Gründel bietet sogar zwei Strukturierungsvarianten an. Vgl. Gründel (1933), S.61 f. Peukert sieht – unter Konzentration auf die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise – innerhalb des gegebenen Rahmens zwei Generationen, eine „Frontgeneration“ („Jahrgang 1896“) und eine „überflüssige Generation“ („Jahrgang 1914“). Vgl. Peukert (1986), S. 143 ff. Jaide (1988) ignoriert die dargestellte Generationsbildung. Stambolis (1982) referiert lediglich die zeitgenössischen Diskussionen.

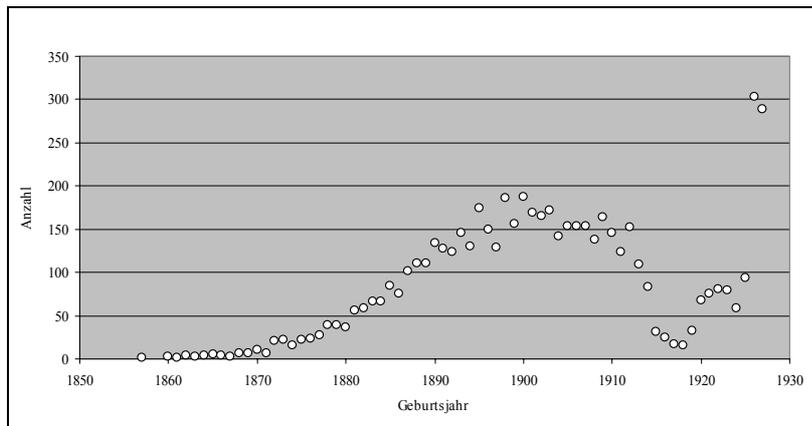


Diagramm 10: Mit Geburtsjahr im NSDAP-Datensatz erfasste Mitglieder (unbereinigt)

gang von der „jungen Frontgeneration“ zur „Kriegsjugendgeneration“ zu verzeichnen.

Die auch innerhalb der Generation zwischen verschiedenen Geburtsjahrgängen sowie verschiedenen Lebenslagen unterschiedlichen Erfahrungen aus Krieg und Nachkrieg haben zweifellos zur Radikalisierung – in diesem Falle des „nationalen“ Lagers – beigetragen, sie haben den Aufstieg der NSDAP erleichtert, aber sie erklären ihn nicht hinreichend, weder für die Generation in ihrer Summe noch für einzelne ihrer Jahrgangsgruppen.

Die radikalisierende, eintrittsrelevante gemeinsame Erfahrung der NSDAP-Mitglieder und damit auch der gesamten („bürgerlichen“) Jugendgeneration ist nicht primär im Umfeld des Weltkrieges, sondern in ihrer sozialen Stellung und deren kollektiver Reflexion vor und in der Weltwirtschaftskrise zu suchen. Aber: Als übergreifende Disposition der dargestellten drei Teilgenerationen steht die lebensgeschichtlich auf Krieg und Nachkrieg zurückgehende extreme Verunsicherung. Eine Verunsicherung, die ohne Hinzutreten weiterer Umstände – sprich: dem massenhaften Zusammenbrechen von Zukunftshoffnungen in der Weltwirtschaftskrise – sich nicht zwingend in politische Radikalisierung hätte umsetzen müssen. Dass die Radikalisierung im „nationalen“ Lager stärker ausfiel als im „sozialistischen“ hat allgemein wohl auch mit dem zwischen den Lagern zeitverschobenen Generationswechsel in den Führungspositionen zu tun; die SPD war in ganz Anhalt nach wie vor in der Hand der Gründergeneration der 1890er Jahre, die generationelle Erneuerung war steckengeblieben, die deutlich jüngere KPD – vollkommen anders als die NSDAP auf der „nationalen“ resp. „bürgerlichen“ Seite – nur von untergeordneter Bedeutung. Auf die höhere „Gewöhnung“ vieler Arbeitergruppen an Zeiten von Arbeitslosigkeit sei nur noch einmal am Rande hingewiesen.

Der Sondereffekt, dass zwischen 1929 und 1931 die proletarischen Neumitglieder im Gegensatz zu den „bürgerlichen“ Neumitgliedern sogar mehrheitlich aus den Geburtsjahrgängen 1901 bis 1910 kamen und sich auch nachfolgend stärker in diesen Jahrgängen konzentrierten,<sup>58</sup> erklärt sich wiederum aus den Besonderheiten ihrer Erwerbsbiographie. Arbeiter wurden in einem Alter schon mit dem sich verengenden Arbeitsmarkt konfrontiert als sich ihre „bürgerlichen“ Altersgenossen noch in der Ausbildung befanden. Infolge dieser Differenz wie auch infolge familiärer Abhängigkeiten auf der „bürgerlichen“ Seite waren Arbeiter früher politisch mündig als junge Angestellte oder gar noch sehr lange vom Elternhaus abhängige Studenten und kamen auch deshalb früher für eine NSDAP-Mitgliedschaft in Frage. Der Entwicklungsunterschied scheint – nach dem auch nach 1933 fortbestehenden Unterschied in der Altersverteilung zu urteilen – auch späterhin seine Bedeutung nicht verloren zu haben. Es wäre daher zu erwägen, die „NSDAP-Generation“ nicht anhand ihres Lebensalters, sondern anhand ihres Berufseintrittsalters zu definieren.

Für die zahlenmäßig erheblichen Eintritte von Arbeitern in die NSDAP vor 1933 ist zudem die Wechselwirkung zweier sich im gleichen Zeitraum vollziehender Entwicklungen verantwortlich zu machen: 1. die Umorientierung innerhalb des „nationalen“ („bürgerlichen“) politischen Lagers im Generationenwechsel und 2. die Ausdehnung dieses politischen Lagers auf Kosten des „sozialistischen“ („proletarischen“) politischen Lagers seit 1928. Im Ergebnis dieser Prozesse speiste sich auch der Zulauf an proletarischen Mitgliedern zur NSDAP vor 1933 aus zwei verschiedenen Quellen. Einerseits handelte es sich um schon von jeher der sozialistischen Arbeiterbewegung fernstehende Arbeiter (auch solche, die ihrem eigenen Verständnis nach keine Arbeiter waren, wie z. B. die Söhne von selbständigen Handwerksmeistern). Andererseits gingen auch Arbeiter, die selbst oder deren Familien zuvor dem „sozialistischen“ Lager zuzurechnen waren, zur NSDAP über. In der Kreisstadt Bernburg waren dies vor allem hochqualifizierte Arbeiter in exklusiver Stellung. Im Landkreis Bernburg jedoch scheint die NSDAP vor allem unter den am Wohnort beschäftigten, nicht auspendelnden Arbeitern Mitglieder (und Wähler) gewonnen zu haben. Auch diese hingen bis dahin vor allem der SPD an, waren aber erst nach 1900 oder gar erst 1918 politisiert worden.

\*\*\*

Im Gegensatz zu der hier für den Kreis Bernburg begründeten Charakterisierung der NSDAP als „kleinbürgerlich-nationale Generationspartei“ schrieb die Forschung in den letzten zwei Jahrzehnten der NSDAP mehr oder minder deutlich den Charakter einer „Volkspartei“ zu. Die Umschreibungen reichen

---

<sup>58</sup> Siehe das Diagramm „Anteil der Geburtsjahrgänge 1901 bis 1910 unter den in die NSDAP im Untersuchungsgebiet eintretenden Personen nach Eintrittsjahrgängen und sozialer Zugehörigkeit“ unter <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#d17>.

dabei von einer „gleichsam volksparteiliche[n] Struktur“,<sup>59</sup> über „volksparteiliche Sammlungsbewegung, die als einzige der Weimarer Parteien sozial heterogene Massen integrieren konnte“,<sup>60</sup> bis hin zu „eine[r] Art Volks- oder Massenintegrationspartei, die im innersten Kern von den Mittelschichten gestützt wurde“. <sup>61</sup> 1993 erschien sogar ein Themenheft der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“ unter dem Leitthema „Die NSDAP als faschistische ‚Volkspartei‘“. <sup>62</sup> Und schließlich erklären Falter und Mühlberger in einer der jüngsten zum Thema erschienenen Studien die NSDAP schon im Titel apodiktisch zur „Volkspartei“. <sup>63</sup> So verwundert es dann auch nicht, dass ein Versuch Mühlbergers, alle bisherigen Forschungen zur Sozialstruktur der NSDAP bis 1933 zusammenzufassen, mit der Schlussfolgerung endet: „The NSDAP was indeed what the Nazis claimed it to be, a *Volkspartei*, not a class or middle-class affair.“ <sup>64</sup> Als Begründung für diese Charakterisierungen muss in erster Linie die zahlenmäßig starke Präsenz von Arbeitern in der Partei – vor allem vor 1933 – erhalten.

Unter einer Volkspartei wird gemeinhin eine Partei verstanden, deren Programmatik breiteste Bevölkerungskreise anspricht und auf dem Wege des politischen Kompromisses über geeignete Koalitionen wirtschaftlichen und sozialen Interessenausgleich, allerdings um den „Preis“ einer deutlichen Entideologisierung, anstrebt. Dieses Bemühen um Ausgleich soll sich im Falle positiver Resonanz – so die Modellvorstellung – auch in einer ausgewogenen, der Bevölkerungszusammensetzung entsprechenden Zusammensetzung der Wählerschaft und der Parteimitgliedschaft äußern.

Eine Einstufung der NSDAP als „Volkspartei“ verbietet sich schon von vornherein aufgrund ihres gewalttätigen, Kompromisse und Koalitionen negierenden Politikstils. Doch auch unter der alleinigen Herausstellung des Aspektes der Mitgliedschaftszusammensetzung ist festzustellen, dass eine Charakterisierung der NSDAP als „Volkspartei“ die Verhältnisse im Kreis Bernburg nicht adäquat widerspiegelt.

Erstaunlicherweise und trotz berechtigter Kritik am methodischen Vorgehen etlicher Studien <sup>65</sup> kommt die Forschungsliteratur aber – weitgehend kompatibel mit den in dieser Untersuchung für den Kreis Bernburg vorgestellten Daten – in der Summe zu einem relativ einheitlichen Ergebnis: Sofern nicht Teile der Arbeiterschaft der Mittelschicht zugeschlagen werden steht einer sehr starken

---

<sup>59</sup> Wolfgang Broszat (1978), S. 50.

<sup>60</sup> Schieder (1993/B), S. 152.

<sup>61</sup> Falter/Kater (1993), S. 155.

<sup>62</sup> Schieder (1993/A).

<sup>63</sup> Falter/Mühlberger (1999), S. 58.

<sup>64</sup> Mühlberger (2003), S. 80.

<sup>65</sup> Vgl. Manstein (1990), S. 102-164, 202. Die (ältere) Kritik Mansteins gilt auch für die jüngeren Arbeiten Mühlbergers. Diese scheiden wegen unklarer Kategorisierungen und damit gegebener großer Verzerrungswahrscheinlichkeit des Ergebnisses als Vergleichsmaßstab zu der hier vorliegenden Studie aus. Vgl. Mühlberger (1991), S. 20-25.

bis starken Unterrepräsentanz der Unterschicht eine starke bzw. sehr starke Überrepräsentanz der Mittelschicht und der Oberschicht in der NSDAP gegenüber. Innerhalb der Unterschicht ist vor allem zwischen durchgängig stark unterrepräsentierten ungelerten Arbeitern und in den einzelnen Jahren jeweils schwach bis stark überrepräsentierten Facharbeitern zu unterscheiden. Eine Einstufung der NSDAP als „Volkspartei“ ist mit diesem Befund jedoch nicht vereinbar. Lediglich wenn man die Zusammensetzung der Bevölkerung aus dem Fokus verbannt lässt sich der Anschein einer Volkspartei herbeidefinieren.

Zudem deutet sich bei vergleichender Einbeziehung der zahlreichen regionalgeschichtlichen Arbeiten an, dass in großindustriellen und (frei)gewerkschaftlich durchorganisierten Gebieten nicht nur die NSDAP relativ schwach blieb,<sup>66</sup> sondern auch die Unterrepräsentanz der Arbeiterschaft in der Parteimitgliedschaft zunahm. Somit wäre – den Generationenaspekt an dieser Stelle außerhalb der Betrachtung gelassen – eher von einer Bipolarität des Sozialcharakters der NSDAP auszugehen: volksparteiliche Sammlungsbewegung in der Diaspora der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung jedoch Mittelstandspartei in deren Hochburgen. Geringe Ansätze dieser sozialstrukturellen Bipolarität sind auch im Kreis Bernburg in Form einer Entgegensetzung von Kreisstadt und Dörfern erkennbar, doch keinesfalls berechtigen diese Ansätze dazu, die NSDAP in ihrer Gesamtheit als „Volkspartei“ im Sinne einer relativ gleichmäßigen Vertretung aller sozialen Schichten in der Partei zu sehen. Es ist zu vermuten, dass dieser dargestellte Zusammenhang für das Deutsche Reich insgesamt gültig ist. Falter und Mühlberger z. B. kommen in ihrer Studie zu Stadt und Landkreis Wetzlar, einem Gebiet, das eine ähnliche Strukturierung aufzuweisen hatte wie der Kreis Bernburg, zu analogen Aussagen. Auch bei ihnen ist – vollkommen kompatibel mit den Ergebnissen für den Kreis Bernburg – die NSDAP männlich, protestantisch, von einer Generation dominiert, unter den Arbeitermitgliedern jünger als im Durchschnitt der Mitgliedschaft, in der Kreisstadt eindeutig eine Angelegenheit der Mittelschicht, im Landkreis dagegen unter einer großen Streuung mehrheitlich proletarisch. Trotzdem erklären sie die NSDAP apodiktisch schon im Titel der Untersuchung zur „Volkspartei“, obwohl die von ihnen vorgestellten Zahlen zumindest erhebliche Zweifel an dieser Sichtweise bestehen lassen.<sup>67</sup>

Es werden bei der Einstufung der NSDAP als „Volkspartei“ im Allgemeinen – nicht nur von Falter und Mühlberger – drei entscheidende Umstände nicht beachtet:

---

<sup>66</sup> Vgl. Broszat (1978), S. 52.

<sup>67</sup> Falter/Mühlberger (1999), S. 89, stellen fest, dass die NSDAP von Seiten der Berufsstruktur ihrer Mitgliedschaft in der Stadt Wetzlar einen eindeutig mittelständischen und im Landkreis Wetzlar einen eindeutig proletarischen Charakter (bei allerdings großer Streuung) aufzuweisen hatte, und stehen ratlos vor diesem Ergebnis: „The infinite variety in the social configuration of Nazi Party branches in a region in which such factors as religion, economic structure and community size were broadly comparable is difficult to explain.“

- 1) Von einem nennenswerten Anteil an Arbeitern unter den NSDAP-Mitgliedern wird in der Regel auf die Berechtigung des Begriffes „Volkspartei“ geschlossen. Dabei wird jedoch vernachlässigt, dass die Arbeiterparteien selbst mit ihrer Wählerschaft zu keiner Zeit (vielleicht lokal mit Ausnahme der Wahlen im Umfeld der Novemberrevolution 1918) das ihnen theoretisch ‘zustehende’ Potential, die Gesamtheit aller Arbeiter, ausschöpfen konnten.<sup>68</sup> In der vorliegenden Literatur wird es durchweg unterlassen, die NSDAP im jeweils bestehenden lokalen, regionalen bzw. nationalen Parteiensystem auch mitgliederstatistisch zu verorten, *bevor* eine Bewertung ihres Charakters vorgenommen wird. Genauere Analysen zeigen, dass die „bürgerlichen“ Parteien aber zu allen Zeiten auch eine messbare Arbeitermitgliedschaft aufzuweisen hatten.<sup>69</sup> Diese von jeher von der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung nicht erfassten, in der Weimarer Zeit teilweise „bürgerlichen“ Arbeiterorganisationen (den „Hirsch-Duncker-schen“, den „Christlichen“, dem „Nationalen Arbeiterbund“ etc.) anhängenden Arbeiter sind denn auch überproportional relativ früh hinter der NSDAP zu vermuten. Und schließlich ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass Söhne von selbständigen Handwerksmeistern z. B. zwar sozialstatistisch in der Regel als „Arbeiter“ gezählt wurden, ihrer gesellschaftlichen Zuordnung und der Selbsteinschätzung nach es aber nicht waren, relativ unabhängig davon, ob sie Aussicht hatten, den väterlichen Betrieb einmal zu übernehmen. Es bleibt festzuhalten, dass die Lagergrenzen zu keiner Zeit den sozialstatistischen bzw. versicherungsrechtlichen Abgrenzungen folgten.
- 2) Die Grenzen zwischen den politischen Lagern befanden sich zu allen Zeiten im Fluss, wurden permanent neu ausgekämpft, was jeweils auch Auswirkungen auf die konkrete Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften hatte. In homogen protestantischen Gebieten wie dem Kreis Bernburg zeigte sich dies vor allem in Veränderungen der Arbeiter- und Angestelltenanteile, in gemischtkonfessionellen Gebieten kam der Religionsaspekt noch hinzu.
- 3) Die Lagergrenzen waren mit steigender Ortsgröße tendenziell stärker umkämpft. Dieser Fakt erklärt auch, warum es über alle regionalgeschichtlichen Untersuchungen hinweg den Anschein hat, als wenn die

<sup>68</sup> Vgl. für die untersuchte Region Kupfer (1996), S. 206-209.

<sup>69</sup> Wie eine detaillierte Untersuchung der Parteimitgliedschaften in der Stadt Bernburg 1931 zeigt war dort lediglich die Zentrumsparterie, für deren Mitgliederrekrutierung infolge ihrer konfessionellen Ausrichtung die für die anderen Parteien maßgeblichen Faktoren (sozialer Status und gesellschaftliche Geltung) eher nachrangig blieben, ihrer Zusammensetzung nach unter formalen sozialstatistischen Kriterien eine Volkspartei. Die NSDAP hingegen fand sich ihrer sozialen Zusammensetzung nach genau an der Grenzlinie beider politischer Lager – d. h. zwischen SPD und DVP wider. Vgl. ausführlich unter <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/a.html#svwbe1931>.

NSDAP besonders im ländlichen Raum viel eher nach sozialstatistischen Kriterien zur „Volkspartei“ werden konnte, während dieser Zustand z. B. in Berlin nie zur Diskussion stand.<sup>70</sup> Aufgrund der schwächeren Befestigung des „sozialistischen“ Lagers im ländlichen Raum gelang es der NSDAP dort mehr und eher als in Klein- oder Großstädten, die Lagergrenze zu verschieben.<sup>71</sup> Zudem griffen oftmals die älteren Muster der Familienzugehörigkeit bzw. des bäuerlichen Eigentümerbewusstseins noch eher als die formale Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit. Diese älteren Muster lassen dann auch die an städtischen Verhältnissen orientierte sozialstatistische Einteilung in Unter-, Mittel- und Oberschicht für ländliche Verhältnisse zumindest als problematisch erscheinen.

Die Festlegung auf den vermeintlichen volksparteilichen Charakter der NSDAP ist nicht zuletzt Resultat der geringen Forschungsintensität auf dem Gebiet der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Partei für den Zeitraum seit 1933, für den nur wenige Studien vorliegen. Kater zeigt, dass seit 1933 ein zur volksparteilichen Entwicklung gegenläufiger Trend bestand, die Unterrepräsentanz der Arbeiter weiter zunahm.<sup>72</sup> Auch Falter und Niklas-Falter kommen in ihrer Untersuchung der Berliner NSDAP-Mitgliedschaft im Jahre 1939 zu ähnlichen Ergebnissen und halten diese – in Anlehnung an Ernst Nolte – auf der Basis eines sehr weit gefassten Kleinbürgerbegriffs für „eine aus allen Schichten gespeiste kleinbürgerliche Bewegung“.<sup>73</sup>

Festzuhalten bleibt: Die NSDAP war zu keiner Zeit eine „Volkspartei“ oder gar eine „Omnibuspartei“, in der jeder mitfahren durfte, konnte oder gar wollte. Bleibt man innerhalb des letzten Bildes, so ist festzustellen, dass viele schnell vorankommen wollten und glaubten, dieses Beförderungsmittel dazu unbedingt benutzen zu müssen. Andere wollten die ersten nicht aus dem Blick verlieren und mussten deshalb mit einsteigen. Aber vielen war eben auch der Fahrpreis zu hoch. Und etliche schließlich waren von vornherein von der Beförderung ausgeschlossen.

\*\*\*

---

<sup>70</sup> Vgl. Falter/Niklas-Falter (1993), S. 175-203.

<sup>71</sup> „Diese relative Resistenz [gegen den Nationalsozialismus – T. K.] beruhte aber nicht primär darauf, dass sie Arbeiter waren: sondern ausschlaggebend war die Einbindung in eine bestimmte Weltanschauung und damit die Zugehörigkeit zu einem bestimmten soziokulturellen Milieu. Gegen den Nationalsozialismus immunisierte also nicht eine bestimmte Klassenlage, sondern allenfalls deren Interpretation durch prägende weltanschaulich-politische Grundüberzeugungen.“ „Da aber, wo weltanschauliche Bindungen – z. B. sozialistische, kommunistische oder katholische – fest verwurzelt waren, gelangen der NSDAP erst nach der Machtübernahme deutlichere Einbrüche.“ Schneider (1999), S. 158, 167.

<sup>72</sup> Vgl. Kater (1983/A), S. 252 f.

<sup>73</sup> Falter/Niklas-Falter (1993), S. 200. Unter dem Terminus „Kleinbürger“ sind in der von Ernst Nolte übernommenen Begriffsbestimmung hier auch aufstiegsbewusste Teile der Arbeiterschaft inbegriffen. Vgl. ebenda, S. 175 f.

Von der Geschichtsschreibung zur Sozialstruktur der NSDAP ist der Generationsaspekt bisher als der Schichtzugehörigkeit nachgeordnet betrachtet worden. Deutlich wird diese Geringschätzung schon anhand der Präsentation der jeweils ermittelten Daten. Es ist gemeinhin unüblich, die exakten Geburtsjahrgänge der darzustellenden Mitgliedergruppe auszuweisen; vielmehr begnügt man sich mit der Ermittlung des jeweiligen Durchschnittsalters oder der Darstellung von Altersgruppen.<sup>74</sup> Mühlberger in seiner jüngsten Darstellung des bisherigen Forschungsstandes verzichtet sogar gänzlich darauf, der Generationsansatz ist ihm einen einzigen Satz wert.<sup>75</sup> Wehler – obwohl auch Anhänger der Volkspartei-These – verzichtet im Gegensatz zu Mühlberger nicht auf Angaben zur NSDAP-Altersstruktur.<sup>76</sup>

Verantwortlich für die weitgehende Ausblendung der Generationenproblematik ist die Tatsache, dass die momentan dominierende Auffassung von der NSDAP als „Volkspartei“ in Auseinandersetzung mit dem bis dahin die wissenschaftliche Diskussion bestimmenden Begriff der „Mittelstandspartei“ entwickelt wurde. Außerdem handelt es sich zumindest teilweise um eine Übernahme aus dem Bereich der historischen Wahlforschung, in dem der Begriff der „Volkspartei“ NSDAP zuerst geprägt wurde. Die Instrumentarien der historischen Wahlforschung mussten angesichts geringer Varianz in der Alterszusammensetzung der zu untersuchenden Gebiete fast zwangsläufig versagen.<sup>77</sup> Aber die – problematische – Begriffsbildung selbst wurde auch für den Bereich der Mitgliederstruktur als griffig angesehen und übernommen.

Unter den Autoren, die bisher den Generationen-Aspekt explizit aufgegriffen haben, ist insbesondere Kater zu nennen, der zwar einen „Kausalzusammenhang zwischen dem [...] Generationskonflikt [mit den Vätern der Nationalsozialisten – T.K.] [...] und dem heraufziehenden Nationalsozialismus“ konstatiert, aber anscheinend mangels ausreichender empirischer Daten keine weitergehenden Schlüsse auf den Charakter der Partei zieht.<sup>78</sup> Ähnlich ist für

---

<sup>74</sup> Freilich wird auch bei diesem Verfahren sichtbar, dass es sich hinsichtlich der Alterszusammensetzung keinesfalls um eine „Volkspartei“ handeln konnte. Vgl. z. B. Mühlberger (1991), S. 207.

<sup>75</sup> Vgl. Mühlberger (2003), S. 3. An anderer Stelle wird betont, dass die korrekte Berufs- und damit Schichtzuordnung wegen der relativen Jugendlichkeit der Mitgliedschaft auf Probleme stößt, zu weiteren Überlegungen gibt ihm das jedoch keinen Anlass. Zudem hat die Darstellung den Sieg der Volkspartei-These gegenüber der Mittelstandspartei-These zu verkünden; „Nebenkriegsschauplätze“ würden dies eher behindern. Vgl. ebenda, S. 18.

<sup>76</sup> Vgl. Wehler (2003), S. 778ff.

<sup>77</sup> Vgl. Falter (1991), S. 146 ff. Mit Blick auf die Ergebnisse der hier vorliegenden Untersuchung der NSDAP-Mitgliedschaft im Kreis Bernburg wäre demzufolge auch die Charakterisierung der NSDAP als „Volkspartei“ hinsichtlich ihrer Wählerstruktur anzuzweifeln. Es dürfte einer jener Fälle vorliegen, in dem die ausschließliche Anwendung einer einzigen Methode das Ergebnis nachhaltig verfälscht. Falter nimmt zudem die ‚NSDAP-Generation‘ nicht als solche wahr, sondern untersucht hinsichtlich ihres Wahlverhaltens lediglich drei Altersgruppen: a) 20-25, b) 26-64 und c) 65 Jahre und älter zum Zeitpunkt der Volkszählung 1933.

<sup>78</sup> Kater (1985), S. 217.

Thamer die „Bewegung“ „[...] in mancher Hinsicht [...] auch Ausdruck eines Generationenkonflikts. [...] Der jugendliche Charakter der faschistischen Bewegungen relativiert auch die scheinbar eindeutige Aussage ihrer sozialen und beruflichen Zugehörigkeit, denn viele der jugendlichen Mitglieder hatten ja noch keinen Platz im Berufsleben und in der Gesellschaft gefunden, so dass eben gerade nichtökonomische, immaterielle Motive für ihr politisches Engagement eine große Rolle spielten.“<sup>79</sup> Peukert weist insbesondere auf den direkten Zusammenhang zwischen überproportionaler Jungerwachsenenarbeitslosigkeit und in gleichem Maße überproportionaler Vertretung dieser Altersgruppe in den Kampfbünden aller Weltanschauungsrichtungen hin.<sup>80</sup> Gerade die von Peukert thematisierten direkten und indirekten Zusammenhänge zwischen generationsbedingter Höhe der Arbeitslosigkeit und NSDAP-Mitgliedschaft stehen auch als Ergebnis dieser Untersuchung.

Die Situation im Kreis Bernburg Anfang der 30er Jahre und der Aufstieg der NSDAP kann – in Anlehnung an Heinsohn – auch als „youth bulge“-Phänomen beschrieben werden.<sup>81</sup> Die Geburtsjahrgänge 1893-1912, aus denen die NSDAP ihren Mitglieder Kern rekrutierte, umfassten 1933 45% aller männlichen Einwohner im Kreis. Diese „Jugendblase“ von 20 Geburtsjahrgängen machte die NSDAP zu ihrem Instrument im Kampf um gesellschaftliche Positionen, um eine angemessene Geltung. Männer der ersten Lebenshälfte auf der Suche nach Positionen, darauf lässt sich die NSDAP auch nach 1933 noch reduzieren.<sup>82</sup>

\*\*\*

Von der exakten sozialstrukturellen Verortung der NSDAP ist nicht zuletzt die Bewertung ihrer Nachwirkungen auf die politischen Systeme im Nachkriegsdeutschland abhängig. Es handelt sich hier in erster Linie um die Frage, welche Funktion in der langfristigen Entwicklung des Parteiensystems der NSDAP zuzuschreiben ist. Eine lagerübergreifende „Volkspartei“ NSDAP hätte letztlich zwangsläufig die Grenzen zwischen den politischen Lagern erodiert und zur Schleifung der seit dem Kaiserreich existenten Lager beigetragen.<sup>83</sup> Demgegenüber wäre eine „nationale“ bzw. „bürgerliche“ Partei mit sehr spezieller sozialstruktureller Profilierung – wie die in dieser Untersuchung skizzierte „kleinbürgerlich-nationale Generationspartei“ NSDAP – nur in der Lage gewe-

---

<sup>79</sup> Thamer (1994), S. 177 f. Ähnlich auch Schoenbaum (1980), S. 74: „Der Nationalsozialismus war nicht minder eine Auflehnung der Jungen gegen die Alten.“

<sup>80</sup> Vgl. Peukert (1986), S. 148.

<sup>81</sup> Vgl. Heinsohn (2003), S. 14: Ein „youth bulge“ liegt vor, wenn zehn aufeinander folgende (jugendliche) Geburtsjahrgänge in der Summe mindestens 20% der Bevölkerung umfassen. Zu kritisieren am „youth bulge“-Konzept ist seine relative Undifferenziertheit.

<sup>82</sup> In analoger Sichtweise kennzeichnet Wildt (2002), S. 78, die Mitglieder des Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes als „engagierte soziale Aufsteiger, die schon vor ihrem Eintritt in die Gestapo und den SD versuchten, eine höhere soziale Stufe zu erreichen als die, die der Vater erklommen hatte“.

<sup>83</sup> Zudem wäre das Schleifen der Lagergrenzen als Modernisierungsleistung zu begreifen. Vgl. Falter (1994), S. 46.

sen, die Lagergrenzen zu verschieben, nicht aber, sie zu erodieren. Jedoch selbst 1939 noch spiegelt die Mitgliederstruktur der NSDAP im Untersuchungsgebiet lediglich die statistische Relation der beiden politischen (Wähler-)Lager des Jahres 1930. Daran wird deutlich, dass die NSDAP nur geringe Gewinne realisieren konnte. Insofern spricht einiges dagegen, dass eine solche Erosion der Lagergrenze stattgefunden hat. Auch lässt sich diese Frage im Übrigen nicht aus der Momentaufnahme einer Mitgliederstatistik, sondern nur aus der Kenntnis der langfristigen historischen Entwicklung heraus beurteilen. Aus Sicht des hier untersuchten Kreises Bernburg ist festzustellen, dass sich 1945 die vor 1933 bestehenden politischen Lager erstaunlich schnell organisatorisch rekonstituierten und sich bis mindestens Anfang der 50er Jahre auch in Funktion befanden. Die Schleifung der Lagergrenzen sollte erst der SED in einem wahrscheinlich sehr viel längeren Prozess, als er sich aus der historischen Draufsicht darstellt, gelingen. In einer Untersuchung zu deren Mitgliederzusammensetzung wäre dann auch zu klären, ob die Befestigung der „Diktatur des Proletariats“ mittels einer Massenpartei im Kreis Bernburg nach 1945 *trotz* oder *wegen* der zuvor exorbitant hohen Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Anhangsorganisationen möglich wurde.

## Literatur

- \*\*\* [Martin Bochow] (1930): Revolution 1933, Berlin.
- Allen, William Sheridan (1966): „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935, Gütersloh.
- Broszat, Martin (1978): Der Staat Hitlers, München.
- Falter, Jürgen W. (1998): Die „Märzgefallenen“ von 1933. Neue Forschungsergebnisse zum sozialen Wandel innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft während der Machtergreifungsphase, in: Geschichte und Gesellschaft 24, S. 595-616.
- Falter, Jürgen W. (1991): Hitlers Wähler, München.
- Falter, Jürgen W. (1994): War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Prinz, Michael / Zitelmann, Rainer (Hrsg.): Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt.
- Falter, Jürgen W. / Kater, Michael H. (1993): Wähler und Mitglieder der NSDAP. Neue Forschungsergebnisse zur Soziographie des Nationalsozialismus 1925 bis 1933. In: Geschichte und Gesellschaft 19, S. 155-177.
- Falter, Jürgen W. / Mühlberger Detlef (1999): The Anatomy of a Volkspartei: The Sociography of the Membership of the NSDAP in Stadt- and Landkreis Wetzlar, 1925-1935. In: Historical Social Research 24, No. 2, S. 58-98.
- Falter, Jürgen W. / Niklas-Falter, Christa (1993): Die parteistatistische Erhebung der NSDAP 1939. Einige Ergebnisse aus dem Gau Groß-Berlin. In: Thomas Nipperdey u. a. (Hrsg.): Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten

- an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, Frankfurt/Main-Berlin, S. 175-203.
- Goldschmidt, S. (1899): Die Landarbeiter in der Provinz Sachsen, sowie den Herzogtümern Braunschweig und Anhalt, Tübingen.
- Gründel, E. Günther (1933): Die Sendung der Jungen Generation. Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise, München.
- Haffner, Sebastian (2000): Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart-München.
- Haffner, Sebastian (2000): Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart-München.
- Heiden, Detlev / Mai, Gunther (Hrsg.) (1995): Nationalsozialismus in Thüringen, Weimar u. a.
- Heinsohn, Gunnar (2003): Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen, Zürich.
- Hille, Martin (1999): Zur Sozial- und Mitgliederstruktur der Passauer NSDAP in den zwanziger und dreißiger Jahren. In: Winfried Becker (Hrsg.), Passau in der Zeit des Nationalsozialismus. Ausgewählte Fallstudien, Passau, S. 9-42.
- Jaide, Walter (1988): Generationen eines Jahrhunderts. Wechsel der Jugendgenerationen im Jahrhunderttrend. Zur Sozialgeschichte der Jugend in Deutschland 1871-1985, Opladen.
- Kater, Michael H. (1983/A): The Nazi Party. A Sozial Profile of Members and Leaders 1919-1945, Cambridge (Mass.).
- Kater, Michael H. (1983/B): Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung. In: Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Göttingen, S. 25-67.
- Kater, Michael H. (1985): Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: Geschichte und Gesellschaft 11.
- Kupfer, Torsten (1996): Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt 1918-1933, Weimar-Köln-Wien.
- Kupfer, Torsten (1998): Der Weg zum Bündnis. Entschieden Liberale und Sozialdemokraten in Dessau und Anhalt im Kaiserreich, Weimar-Köln-Wien.
- Manstein, Peter (1990): Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, 3. Auflage, Frankfurt am Main.
- Mühlberger, Detlef (1991): Hitler's Followers. Studies in the sociology of the Nazi movement, London und New York.
- Mühlberger, Detlef (2003): The social bases of Nazism 1919-1933, Cambridge.
- Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv 1/02, P 001316-3.
- Olenhusen, Irmtraud Götz von (1987): Jugendreich, Gottesreich, Deutsches Reich. Junge Generation, Religion und Politik 1928-1933, Köln.
- Peukert, Detlev J. K. (1986): Alltagsleben und Generationserfahrungen von Jugendlichen in der Zwischenkriegszeit. In: Dieter Dowe (Hrsg.): Jugendpro-

- test und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn.
- Peukert, Detlev J. K. (1986): Alltagsleben und Generationserfahrungen von Jugendlichen in der Zwischenkriegszeit. In: Dieter Dowe (Hrsg.), Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn, S. 139-150.
- Pyta, Wolfram (1996): Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf.
- Ruck, Michael (2000): Bibliographie zum Nationalsozialismus, Darmstadt.
- Schieder, Wolfgang (Hrsg.) (1993/A): Die NSDAP als faschistische „Volkspartei“. Geschichte und Gesellschaft, 19, Heft 2.
- Schieder, Wolfgang (1993/B): Die NSDAP vor 1933. Profil einer faschistischen Partei. In: Geschichte und Gesellschaft 19, S. 141-154.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef (1998): Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn.
- Schneider, Michael (1999): Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn.
- Schoenbaum, David (1980): Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln.
- Stambolis, Barbara (1982): Der Mythos der jungen Generation. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik, phil. Diss. Bochum.
- Statistik des Deutschen Reiches 559.6 (1944): Gemeindestatistik. Ergebnisse der Volks-, Berufs- und landwirtschaftlichen Betriebszählung [17.05.] 1939 in den Gemeinden. Heft 6: Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt, Berlin.
- Thamer, Hans-Ulrich (1994): Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin.
- Vollnhals, Clemens (Hrsg.) (2002): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig.
- Wagner, Caroline (1998): Die NSDAP auf dem Dorf. Eine Sozialgeschichte der NS-Machtergreifung in Lippe, Münster.
- Wehler, Hans-Ulrich (2003): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München.
- Wildt, Michael (2002): Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg.
- Windschild, Günther / Schmid, Helmut (Hrsg.) (1999): Mit dem Finger vor dem Mund ... Ballenstedter Tagebuch des Pfarrers Karl Fr. E. Windschild 1931-1944, Dessau.
- Winkler, Heinrich August (1983): Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP. In: Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung, Göttingen, S. 97-118.